

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abnahme von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erchein mit Ausnahme des Montag täglich früh.

„Bruder Arbeiter!“

Seit vier Wochen, vom Tage der Ausschreibung der Gemeindevahlen, steht der deutsche Arbeiter bei allen deutschbürgerlichen Parteien in hohem Ansehen. Naive Gemüter müssen gerührt sein, wenn sie sehen, welche Sorge um das Wohlergehen des Arbeiters in Flugblättern und Reden von allen Seiten an den Tag gelegt wird. Es regnet Ratsschläge, Lockungen, Warnungen, Verheißungen auf den Arbeiter, der für alle, die ihn sonst als Habenicht und Proleten verächtlich über die Achsel ansehen, zum „Volksgenossen“, ja geradezu zum „Bruder“ avanciert ist. Die Bourgeoisie, die über das Leben etwa der Fidschiinsulaner mehr weiß, als über das Leben des Arbeiters, mit dem sie sonst jede Verührung ängstlich meidet, hat auf einmal erkannt, daß der deutsche Arbeiter eigentlich an die Seite seiner besitzenden Volksgenossen gehört. Aber Volksgenosse und Bruder ist der Arbeiter nur insoweit, als er nicht das Beispiel der Besizenden und Unternehmer befolgt, sich mit seinen Klassengenossen zum Schutze seiner Klasseninteressen zu vereinigen. Und sein Avancement zum „Bruder“ wie der Wolkensbruch von Verheißungen, sie enden am Tage der Wahl.

Die so pflöchtig lichterloh emporgeschossene Liebe der deutschbürgerlichen Parteien sieht wie ein Wunder aus und ist doch alles eher als dies. Sie beruht vielmehr auf einem einfachen Rechenexempel: der Proletarier sind mehr als der Besizenden, der Schaffenden mehr als der Nichtstuer, der Ausgebeuteten mehr als der Nutznießer der Arbeit anderer! Wären die Parteien, welche die Interessen der Besizenden vertreten, nur auf deren Stimmen angewiesen, sie wären in allen Vertretungsorganen in der Minderheit, und Staat wie Gemeinden stünden unter dem Einfluß des arbeitenden Volkes. Das Proletariat wäre an dem Tage mächtig und frei, an dem es einzig wäre, einzig über seine Interessen, wie es die Großkapitalisten und Großagrarien sind. Erscheint es auch nur denkbar, daß etwa ein Großagrarien sein Klassenbewußtsein aufgibt und sein Klasseninteresse so weit vergißt, daß er bei einer Wahl seine Stimme für die Partei der Arbeiter aufgibt? Der Gedanke ist unvorstellbar! Aber Arbeiter und sonstige Proletarier gibt es noch genug, die unverständlich oder irreführend, sich bei Wahlen für die Interessen einer anderen, ihnen feindlichen Klasse mißbrauchen lassen. Wie viele geistige Arbeiter gibt es noch, die aus falschem Klassendünkel heraus den Gedanken von sich weisen, Proletarier zu sein, obwohl sie mitunter die herrschende kapitalistische Ordnung noch weit mehr dem Glend verfallen lieh, als manche Handarbeiter. Fremdheit gegenüber der sozialistischen Idee und der „besseren Not“, zu dem sie sich durch ihre „gesellschaftliche Stellung“ verpflichtet glauben, halten sie von der Ueberdringung ihrer Klassenlage fern und treiben sie denen zu, die ihnen lächeln, etwas „Besseres“ zu sein als Proletarier. Es gibt andere Proletarier, die ein Stückchen Grund oder ein Häuschen ihr Eigentum nennen, oft genug sorgengedückt und ver schuldet, die sich aber doch schon dadurch „emporgehoben“ fühlen und sich, wie viele geistige Proletarier, zu den „Besizenden“ zählen, ihnen als Schutzgarde und Fußhühnel dienen, obwohl ihr Interesse als arbeitende Menschen und als Konsumenten sie in das Lager ihrer proletarischen Schicksalsgenossen treibt. Aber es gibt leider auch noch Tausende, Zehntausende, die nichts als Arbeiter sind, nichts als ihre Arbeitskraft, und oft nicht einmal diese, ihr eigen nennen, die, von religiösen und nationalen Schlagworten verführt, nicht in den Kampfzeihen ihrer Arbeitsbrüder stehen, sondern die durch ihre Gefolgschaft bei den bürgerlichen Parteien die Kraft und Macht ihrer eigenen Bedrückter stärken. Gibt es nicht noch Zehntausende unserer Arbeitsbrüder, die täplich, statt des Arbeiterblattes die bürgerliche Presse lesen, die es versteht, durch Tratsch, Sensationen und verlogene Darstellung der Erscheinungen des wirtschaftlichen, sozialen und po-

Der Balkanentfitt vor der Beilegung.

Das Belgrader Kabinett hat über Fiume beraten und entschieden.

Belgrad, 13. September. Unter Vorsitz des Königs fand heute mittags im Königspalast ein zweistündiger Ministerrat statt. Den Gegenstand der Beratung bildete die gesamte politische, insbesondere die äußere Situation. Der König wurde ausführlich über alle wichtigen Fragen informiert. Die Frage der Beziehungen zu Italien war Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit. Die Stellungnahme der Regierung bezüglich der Lösung der Fiumaner Frage wurde definitiv festgelegt.

Außer diesen allgemein lautenden Informationen lehnten es die Minister nach Schluß der Sitzung ab, den anwesenden Journalisten ausführlichere Erklärungen über den Verlauf der Sitzung zu geben.

Mussolini lenkt ein?

Rom, 13. September. (Stefani.) Nach einer Information der Agenzia Stefani entbehren die von England (O. dieses England!) verbreiteten beunruhigenden Gerüchte bezüglich der Fiumaner Frage jedweder Unterlage. (1) Zunächst muß erklärt werden, daß ein italienisches Ultimatum, das am Samstag ablaufen würde, nicht besteht. Zwischen Rom und Belgrad wurde der 15. September für die gegenseitige Mitteilung der Beschlüsse festgesetzt, doch hatte diese Maßnahme keinen ultimativen Charakter und nichts hindert die italienische und die jugoslawische Regierung an der Möglichkeit einer Verlängerung dieser Frist. Weiter entspricht es nicht der Wahrheit, daß Italien den Schiedspruch des Schweizer Präsidenten abgelehnt hat, zumal da die Belgrader Regierung bisher nie formell vorgeschlagen hat, daß der Fiumaner Konflikt durch eine Entscheidung des Schweizer Präsidenten geregelt werde. Die Verhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien werden fortgesetzt und nichts zeugt dafür, daß diese Verhandlungen nicht mit einem Uebereinkommen beider Regierungen abschließen könnten. Die bezüglich des Eintrittes gewisser Komplikationen geäußerten Besorgnisse sind demnach übertrieben und von einer Kriegsgefahr zu sprechen, ist ein sehr schlechter Scherz. (2) Nur leider, daß zu solchen „schlechten Scherzen“ sowohl vor dem Weltkrieg als auch nachher die Machthaber der Groß- und Kleinmächte allzuoft Ursache gaben. Es kann noch passieren, daß die „Agenzia Stefani“ eines Tages meldet: Einen Jux wollt' er sich machen, daher überfiel Mussolini das friedliche Korfu und mußten einige Tugend Unschuldige das Leben lassen.)

litischen Lebens das Klassenbewußtsein dieser Proletarier einzuschläfern. Sinn und Herz dieser unserer Brüder zu betäuben? Verblendet und irreführend, glauben die einen, „Gott“ zu dienen und ihrem Seelenheil, während die andern für ihre „Nation“ zu wirken glauben, wenn sie ihr wertvollstes politisches Recht zugunsten der bürgerlichen Parteien in die Waagschale werfen. Diese ihrer Klasse entstrebenden Arbeiter sind der Tragpfeiler der Macht der besitzenden Klassen. Sie wieder vor den Wagen des Kapitalismus zu spannen, ist auch bei diesen Wahlen das Hauptbestreben der bürgerlichen Parteien. Unter sich halten sie in diesen Werbewochen heiligen Burgfrieden. Nur um den Bruchteil der Proletarier, der noch im Bannkreise der bürgerlichen Ideologie steht, geht die Wahlschlacht. Darum stürzen sie sich alle auf die Partei der Arbeiter, entstellen ihre Bestrebungen, führen sie alle nationalitätlichen, religiösen und antisemitischen Schlagworte und Vorurteile ins Treffen, und warnen mit Gruselgeschichten vor dem Sozialismus und Klassenkampf.

Bruder Arbeiter! Wieder tönt es beständig und honigsüß von den Lippen derer, die Zeit ihres Lebens das Profitinteresse gegen das Interesse der Arbeit geschützt haben. Bruder Arbeiter, häuselt es zudermild, doch nach der Wahl würde der Bruder Arbeiter, wenn er sich einjagen ließe, bald merken, daß er kein eigener Schicksalsrichter war. Wenn der Arbeiter heute auch für die Gemeindevvertretungen mitwählen darf, wenn in den Gemeinden nicht

Korfu wird bis zum 27. d. M. geräumt.

Paris, 14. September. (Havas.) In der von der Völkerverkonferenz Griechenland gelandten Note wird mitgeteilt, daß die Insel Korfu bis 27. September geräumt wird, wenn bis 18. September die ersten vier in der Note vom 8. September aufgestellten Bedingungen erfüllt sein werden. Wenn bis 22. ds. die Schuldigen nicht eruiert sein werden, wird die von Griechenland vorgenommene Untersuchung als unzureichend angesehen und Griechenland wird an Italien, welches den ständigen internationalen Gerichtshof ersucht hat, daß ihm die Bedingung der Okkupationskosten zuerkannt werde, 50 Millionen Lire bezahlen.

Der „Messaggero“ glaubt zu wissen, die Völkerverkonferenz habe gestern beschlossen, daß die Ehrenbeziehungen, die Griechenland zu leisten haben wird, in unzweideutiger Weise den hervorragenden Anteil werden betonen müssen, der Italien gebührt. Italien wird eine Schiffsdivision nach dem Piräus entsenden, England und Frankreich werden je einen Kreuzer entsenden.

Die Angst vor Italien.

Um Fiume zu retten, opfert die Völkerverkonferenz Griechenland.

Paris, 14. September. (Havas.) In einer von der Völkerverkonferenz an die griechische Regierung und den Völkerverbund in Genf gerichteten Note wird die Räumung Korfus am 27. ds. gefordert. Wenn der Bericht der interalliierten Untersuchungskommission bis zu diesem Zeitpunkte festgestellt wird, daß Griechenland nicht aus allen Kräften mitgewirkt hat, um die Mörder der italienischen Delimitationskommission ausfindig zu machen und zu bestrafen, werde Italien unter dem Titel von Reparationen 50 Millionen Lire erhalten, welche die griechische Regierung in der Schweizer Bank deponiert hat.

Italien wünscht direkte Verhandlungen.

Belgrad, 14. September. (M.) Der italienische bevollmächtigte Minister in Belgrad gab gestern der jugoslawischen Regierung den Wunsch des römischen Kabinettes bekannt, bezüglich der Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwecks Regelung der Fiumaner Frage.

mehr allein die Hausbesitzer, die Progen, die Großagrarien zu sprechen haben, so ist dies das Verdienst der Sozialdemokratie, die dem Arbeiter das Stimmrecht erkämpft hat. Die bürgerlichen Parteien, Deutschnationalen, Deutschgelbe, Christlichsoziale, Sozialdemokraten und Landbündler, sie alle haben hartnäckig und verbissen sich bis zum letzten Augenblick dem gleichen politischen Recht entgegen gestellt. Dafür waren sie im alten Oesterreich um so begehrtere Freunde und Schützer aller Verfassungsbrüche verbrecherischer Regierungen, sie bekämpften borniert und gehässig sogar die gesetzliche Festlegung des Zehnstundentages, wie sie jetzt nach Abschaffung des Achtstundentages verlangen, sie verrieten Staatsangehörige, Kleinbauern und Arbeiter, ihre größte Sorge war, um der „Treue zum Hause Habsburg“ alle Militärforderungen zu bewilligen, und um dieser „Treue“ willen schickten sie schließlich den Bruder Arbeiter in den Schützengraben, in Krieg, Not und Tod. Der Zusammenbruch Oesterreichs war auch der Zusammenbruch ihrer Politik. Nun hoffen sie wieder, daß Teile des arbeitenden Volkes, zum Vergessen bereit, ihnen in den Sattel helfen werden, damit sie ihre Peitsche über die arbeitenden Menschen, die doch nur zum Gehorchen und Dienen bestimmt sind, schwingen können.

Morgen ist Wahl! Es wird sich zeigen, inwieweit den Feinden des arbeitenden Volkes diese Spekulation gelingt. Bruder Arbeiter, erfülle Deine Pflicht!

Die Kommunisten und die Gemeindevahlen.

Den Gemeindevahlen kommt neben ihrer sozialen und wirtschaftlichen auch eine große politische Bedeutung zu. Das ist für jedermann klar, der die Gesamtlage des Staates, der insbesondere den fortwährend schwankenden Gleichgewichtszustand der Koalition betrachtet. Die Regierung läßt es allerdings an Mitteln nicht fehlen, — die junge „Demokratie“ hat es bald gelernt, die Methoden des alten Regierungs-Absolutismus sich zu eigen zu machen — um eine allfällige Minderung ihrer zahlenmäßigen Mehrheit in der Wälerschaft zu verhüten und sich nicht in die Notwendigkeit der Ausschreibung von Neuwahlen für die Nationalversammlung hineindrängen zu lassen. Aber sie gerät trotz aller „Vorkehrungen“ aus der Sphäre in die Charabdis. Denn mehr Gefahren für eine Störung der bisherigen Koalition als aus den Erfolgen der Opposition drohen aus der Verschiebung der Stärkeverhältnisse innerhalb der Regierungsparteien selbst. Die Regierungsparteien leben miteinander wie Hund und Kage. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß sie in Orten, wo die Tschechen im ganzen eine Minorität bilden, das Zustandekommen der nationalen Einheitsfront ermöglicht haben.

Die Kommunisten nun gehen in den Wahlkampf mit dem Programm, die Koalitionsparteien in die Minderheit zu bringen, durch einen großen Erfolg den ersten Schritt für die Aufrichtung einer Arbeiter- und Bauernrepublik nach räterussischem Muster zu tun. Ist es Illusion oder Täuschungsversuch, daß sie entgegen allen wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen, entgegen der Macht der in diesem Staate herrschenden Ideologien, die Hoffnungen, die ihnen innerhalb des tschechischen Proletariates winken, — sehr überspannen? Das russische Schema angewandt auf die sozial völlig anders gegliederte Tschechoslowakei heißt denn doch, sich die Sache sehr leicht machen, an Stelle der besonnenen Kritik die demagogische Phrasen setzen, heißt aber auch auf die Vergeßlichkeit der Menschen spekulieren, die doch an Ungarn, Bayern, an Finnland nicht vergesssen haben können. Konkrete steht hinter den großangelegten Lockungen der Kommunisten nicht anderes als was der „Sozialdemokrat“ in der Polemik gegen den Reichsberger „Vorwärts“ gesagt hat, nämlich das wahlpolitische Bestreben der Schmeralistten, das deutsche Proletariat für ihre Pläne einzufangen, die angesichts der Situation auf etwas anderes gehen als auf die Aufrichtung der Arbeiter- und Bauernrepublik. Diese Aufrichtung scheint alles eher als aktuell. Die halbhöhnische, halb entzweitete Verteidigung des Dr. Schmeral gegen seine Kennzeichnung als des linken Flügelmannes der tschechischen allnationalen Koalition ist, da das Charakterbild dieses kommunistischen Staatsmannes „nicht mehr von der Parteien Doge und Günst verwirrt in die Geschichte schwimmt“ sehr deplatziert und sicherlich auch sehr verfrüht. Das „taktische Genie“ des Dr. Schmeral wird sich, dessen sind wir gewiß, jedem Größengrade des kommunistischen Wahlsieges gewachsen zeigen. Was die Kommunisten aber tun werden, wenn nicht alle ihre Blütenräume reifen, wenn der Wahlausgang, was ziemlich sicher ist, die Arbeiter- und Bauernregierung nicht in unmittelbare Nähe rückt, das können wir beruhigt abwarten. Doch weil wir schon der Verleumdung Schmerals geziehen werden, möchten wir noch einmal daran erinnern, daß die kommunistischen Wahlkompromisse von A u s p i c h, W i s c h a u, P i s e k, und wahrscheinlich auch von anderen Gemeinden, Wahlkompromisse mit Nationaldemokraten, mit der Gewerdepartei, ja mit Merkmalen zeigen, was die Kommunisten in diesen Orten von Schmerals zukünftiger Politik erhoffen und wünschen.

Was die Arbeiter- und Kleinbauernregierung in Rußland bedeutet, hat man schauernd erfahren. Die Herrschaft der Bolschewiken befestigt sich immer mehr als eine Herrschaft des Kapitalismus; sie trägt all die herrlichen Merkmale, mit denen Marx die ursprüngliche Akkumulation in der Frühzeit des Kapitalismus gekennzeichnet hat. Das Moskauer Gewerkschaftsblatt „Trud“ spricht von der vollständigen Verwahrlosung der Arbeiterschutzesetze in Rußland, auf der Moskauer Konferenz der Sowjets klagt der Kommunist L u t o w i n o w, daß die Gewerkschaftsbewegung erdroffelt werde, daß unter Duldung der Sowjetregierung die Löhne der Arbeiter herabgesetzt werden. Wie die Sozialrevolutionäre, wie die Menschewiki behandelt werden, die ihre revolutionären, dem Kampf gegen den Zarismus gewidmetes Leben in den Gefangnissen der „Tscheka“ oder auf den von den Bolschewiken

errichteten Galgen enden, ist ebenso bekannt, wie die grausame Behandlung der sozialistischen Republik Georgien. In der nachgelassenen Schrift über „die russische Revolution“ hat sich Rosa Luxemburg ohne daß es ihr vergönnt war, die neuesten Wandlungen der bolschewistischen Politik zu erleben, gegen die bolschewistische Regierungsmaximen gewendet, die statt die Massen politisch zu schulen, sie zu beherrschen streben. Sie schrieb: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der „Gerechtigkeit“, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reizende der politischen Freiheit an diesem Wissen hängt und seine Wirkung verliert, wenn die Freiheit zum Privilegium wird.“ Auch gegen die Diktaturtheorie wendet sich Rosa Luxemburg mit scharfen Worten: „Die stillschweigende Voraussetzung der Diktaturtheorie im Lenin-Trotskischen Sinne ist, daß die sozialistische Umwälzung eine Sache ist, für die ein fertiges Rezept in der Tasche der Revolutionspartei liegt, dies dann nur mit Energie verwirklicht zu werden braucht. Dem ist leider — oder je nachdem: zum Glücke — nicht so.“

Was hätte die wirkliche Revolutionärin erst gesagt, wenn sie die nicht mehr bloß politischen, sondern schon moralischen Verirrungen einer Aufbebung der Kommunisten an die Hakenkreuzler, wenn sie Herrn Radeks Hymnen auf Schlageter, wenn sie die Verbündigungsartikel Radeks und Klementows in der Berliner „Roten Fahne“ erlebt hätte. Wo sich Hakenkreuz und Sowjetstern zu vereinen trachten, dort kann eine auf moralischen Ruf bedachte sozialdemokratische Partei nicht mitmachen.

Gewiß, die großen Fragen der sozialistischen Weltpolitik geben im allgemeinen in den Gemeindestudien nicht zur Diskussion Anlaß. Aber die Frage des sozialistischen Charakters, für die sozialistische Betätigung auch im Kleinen und Alltäglichen ist von Wichtigkeit. Von welchem Seite diejenigen erfüllt sind, die an die Alltagsaufgaben der Partei gehen. Der wahre Geist der kommunistischen Politiker ist im internationalen und im nationalen Maßstabe in den letzten Jahren deutlich in die Erscheinung getreten. In ihrer Politik in unserem Staate schwanken sie von einer Taktik zur anderen. Daß sich die Politik einer Partei nicht in Taktik allein ausleben kann, daß es im Sozialismus um Grundfragen geht, kümmert die Kommunisten wenig. Im Jahre 1918 schwärmte der jetzige Führer der deutschen Kommunisten in unserem Staate für ein bewaffnetes Eingreifen zu Gunsten der deutschen Selbstbestimmung. Dann kam die Spaltung. Dr. Schmeier trat für die Unantastbarkeit der tschechoslowakischen Grenzen ein. Herr Kreibitz, der im Kampfe um die Führerschaft auf der Straße geblieben war, ist nun so weit, daß er die Politik der deutschen Kommunisten für die Respektierung der tschechoslowakischen Staatsgrenzen und für das Belohnen zu diesem Staate festgelegt wissen will. Und es ist nur die Konsequenz seines Standpunktes, daß er anschließend das Karlsruher von einer Bedrohung der tschechischen Nation spricht, daß er sich am Prager Parteitag für das Einrücken der Soldaten ausspricht. Aber dieses taktische Herumspringen zeigt sich nicht nur in der Stellung zum Staate, sondern auch zum nationalen Problem in diesem Staate. Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie für die deutschen Schulen, für das geistige Lebensrecht des deutschen Arbeitervolkes war für die deutschen Kommunisten nur ein Gegenstand des Hohnes. Um dieses Kampfes willen beschuldigten sie die deutsche Sozialdemokratie nationalstiller Bestimmung. Noch auf dem Parteitag in Reichenberg (März 1921) verkündete Kreibitz, daß es gleichgültig sei, ob wir zur unterdrückten oder zur herrschenden Nation gehören. Wegen die Forderung nach nationaler Autonomie, die die deutsche Sozialdemokratie bei der Beratung des kleinen Schulgesetzes stellte, stimmten die deutschen Kommunisten. Im Widerspruch dazu, aber nicht im Widerspruch zu ihrer auf Täuschung berechneten Taktik entrückte sich wieder der Reichenerger „Vorwärts“ über die schamlose Unterdrückung der anderen Nationalitäten durch die tschechische Bourgeoisie. Der neueste Schwindel besteht nun darin, zu erzählen, daß die Arbeiter- u. Bauernregierung die nationale Frage gemeinsam regeln werde.

Und so geht es auch auf allen anderen Gebieten. Die Versicherungen der Kommunisten, daß sie das Proletariat zur Herrschaft führen, daß sie die Idee des Sozialismus verwirklichen werden, geht parallel mit ihren Taten der Verdrängung proletarischer Organisationen. Sie werden begleitet von ihren leider erfolgreichen Anstrengungen, die Schlagkraft der Arbeiterklasse durch deren politische Spaltung zu vernichten. Daß sie sich vor Wahlen in das Gewand von Vorkämpfern hüllen, darf niemanden täuschen. In gegenwärtigen Wahlkämpfe soll die deutsche Sozialdemokratie neben den bürgerlichen Gegnern auch die kommunistischen nicht aus den Augen verlieren!

Die kommunistischen Verleumder. Ueber unseren Genossen Ruppriech verbreitete der Gruelliker Kommunistenbühnenführer Franz Weizner, Listenfürher der kommunistischen Partei bei den Gemeindevahlen, allerlei Verdächtigungen. Genosse Ruppriech kennzeichnete Weizner öffentlich als Lügner und Verleumder, solange, bis er seine Unwahrheiten widerrufen.

Die Gemeindevahlen.

Niederlage der Nationalpartei in Trautenuau.

Dienstag abends fand in der Vorortgemeinde Niederaltstadt in Trautenuau eine von der Nationalpartei einberufene Wählerversammlung statt, in welcher Bürgermeister Siegel und Schriftleiter Anforge aus Trautenuau sprechen sollten. Da das Organ der Nationalpartei, das „Trautenuauer Tagblatt“ einen äußerst schmutzigen und persönlichen Kampf gegen unsere führenden Genossen in Trautenuau führt, füllten unsere Genossen das Versammlungslokal bis auf das letzte Plätzchen. Als die Bürgerlichen und ein paar Agrarier mit Herrn Siegel erschienen, fanden sie keinen Platz mehr. (Der nützige Schriftleiter Anforge war wertwürdiger Weise im letzten Moment verhindert.) Die Sozialdemokraten besetzten das Präsidium und bevor Herr Siegel das Wort erhielt, forderte ihn Genosse Krejci auf, seine Stellung zu den Verleumdungen und schmutzigen persönlichen Angriffen der Nationalpartei gegen die Sozialdemokraten in der bürgerlichen Trautenuauer Presse und in dem, von der Nationalpartei herausgegebenen Flugblatt bekannt zu geben. Herr Siegel wich diesem Verlangen aus.

Nach ihm sprach Gen. Krejci, der in fast zweistündiger Rede nachwies, daß die erbärmlichen Lügen der Nationalpartei niedrigen Motiven entspringen. Unter der begeisterten Zustimmung der Versammlungsteilnehmer verfluchte Gen. Krejci ihre Phrase der Bürgerlichen nach der anderen, ihre Verbrechen an der Arbeiterschaft scharf geißelnd. Nach ihm sprachen noch die Gen. S. a w e l und S c h u b e r t, die ebenfalls verlangten, Herr Siegel solle ein Bekenntnis zur Kampfweise seiner Partei ablegen.

Daraufhin erklärte Herr Siegel, daß er die Schreibweise des „Trautenuauer Tagblattes“ nicht billige und dagegen einzuwirken werde. Ebenso will er von dem ordinären Flugblatt nichts gewußt haben, welches er ebenfalls nicht gutheißt. In seinen Schlussworten wies Gen. Krejci nach, daß Herr Siegel, der als Sprecher der Nationalpartei da sei, die Partei verleugne und mit deren Kampfsmethode nicht einverstanden sei. Er müßte, wenn er konsequent wäre, den Trennungsstrich zwischen sich und seiner Partei ziehen. Im übrigen aber — sagte Gen. Krejci — haben wir heute der Versammlung den Beweis erbracht, daß alle Verleumdungen unserer Gegner vollständig erlogen sind, sie gehen als Gerichtete aus der Versammlung. Als der Beifall der Arbeiter sich gelegt hatte, brauste das „Lied der Arbeit“ durch den Saal. Die Bürgerlichen konnten, da auch die Saal-Eingänge vollgepfropft waren, den Ort ihrer vollständigen Niederlage erst verlassen, als der Gesang verklungen war und die Versammlung geschlossen wurde.

Stimmt!

Im deutschnationalen „Brüner Montagblatt“ stand Mittwoch zu lesen:

„Wahlzeit — da nimmt man es mit der Ehrlichkeit und Wahrheit nicht so genau, so sehr man auch sonst den biederen Mann spielt.“

Endlich einmal ein Selbstbekenntnis!

Freiheit, die sie meinen . . .

Aus einem deutschnationalen Wahlartikel:

„Je mehr das Privateigentum eingeschränkt und aufgehoben wird, desto mehr verschüttet man für den Durchschnittsmenschen die wichtigen Antriebe des Fleißes, der Sparsamkeit, der Unternehmertum, des Erfindungsdranges und der rationellen Bewirtschaftung — abgesehen von der Verhinderung der persönlichen Freiheiten.“

Es gibt also doch eine Freiheit, für die sie kämpfen: die Freiheit der Ausbeutung!

„Anpsychologisch“ — der neueste Schlagert!

Hört, Arbeiter, warum Ihr, den Deutschvölkischen zufolge, keine Sozialisten sein dürft:

„Die sozialistische Idee ist anpsychologisch. Sie steht im Widerspruch mit den Gesetzen der natürlichen Wirtschaftlichkeit.“

Dafür ist die kapitalistische Idee umso „psychologischer“. Die hungernden arbeitslosen Arbeiter und die notleidenden Intelligenzen spüren am eigenen Leibe, wie sehr diese Idee der „natürlichen Wirtschaftlichkeit“ entspricht! . . .

Warum „alles“ deutschnational wählen soll!

Im „Brüner Montagblatt“ wird erzählt: „Die Menschheit baut sich noch mehr als auf die Arbeit der Hände auf die Arbeit der Köpfe auf. Ihr Fortschritt ist abhängig von ideellen Tätigkeiten verschiederer Art. Damit die Arbeiter in den Fabriken arbeiten können, mußte eine lange Reihe von Erfindungen und Entdeckungen gemacht werden.“

Das Hakenkreuzlerblatt, das im Namen der Erfinder und Entdecker spricht, ist gewiß eine Kostbarkeit. In ihrem Namen kämpft es für die kapitalistische Ordnung und Gesellschaft. Aber diese kapitalistische Gesellschaft ließ die meisten der Er-

finder und Entdecker im Elend zugrundegehen und den Profit ihrer Erfindungen heimstehen die Kapitalisten ein! Wählt deutschnational, damit dieser heilige Profit den Hintermännern der Deutschnationalen erhalten bleibe! . . .

Die Buchdrucker zu den Gemeindevahlen.

Der „Gutenberg“, das Organ der Buchdrucker-gewerkschaft, schreibt zu den Gemeindevahlen:

Das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinde gibt dem Wähler die Entscheidung über das Wohl und Wehe der Gemeinde in die Hand. An dem Wähler ist es gelegen, zu entscheiden, ob die nächste Gemeindevertretung arbeiterfreundliche oder arbeiterfeindliche Gemeindepolitik treiben wird. Das zu entscheiden, wird der politischen Reife der Wähler überlassen und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Proletariat auch bei der Gemeindevahl seine politische Reife zeigen und diejenigen Männer wählen wird, die seine Vertreter sind, die die Interessen der Arbeiterschaft und damit diejenigen der Gesamtheit vertreten.

In letzter Stunde rufen wir allen unseren Kollegen zu: Tuet Euer Pflicht! Laßt Euch nicht von den Versprechungen der kapitalistischen Demagogen verführen und bleibt der sozialistischen Fahne treu! Wählt die Kandidaten des internationalen Sozialismus und helfet, die Indifferenzen für die Sache des Internationalen Sozialismus zu gewinnen! Ihr arbeitet damit für Euch jetzt und für die Zukunft! Wählt nicht völkisch und nicht christlich, nicht demokratisch-national, sondern unter allen Umständen sozialistisch und international! Seid eingedenk des alten und doch so wahren Sprichwortes:

„Nur die allerdümmsten Räder wählen ihren Meher selber!“

Zeigt, daß Ihr reif seid! Ueberlaßt die Zümmen, die nicht alle werden, dem bürgerlichen Klüngel, laßt auf, wo Ihr könnt, arbeitet, um dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen! Das Ziel muß sein: Die Mehrheit und die Macht in der Gemeinde dem internationalen Sozialismus.

Kleinbauern, Landarbeiter!

Seht, wie Euch die Bändler „retten“!

Die antisemitischen Bändler halten sich jüdische Sekretäre und verdienen an jüdischen Inseraten.

Nach dem Zusammenbruche wurde in der Bezirks-Organisation Teplitz des Bundes der Landwirte ein Herr Taussig als Sekretär angestellt. Herr Taussig ist waschechter Jude, der dann später seinen Namen ändern ließ und sich Tesla nannte. Nebenbei war er ein strammer Deutschnationaler und gemessener österreichischer Offizier. Eines Tages jedoch erklärte er, mit den Teplitzer Bändlerführern sei nicht zu arbeiten, da sie dünner seien als die Bauern. Er wollte dann zur sozialdemokratischen Partei, die ihn aber dankend ablehnte. Heute soll dieser Karriere-macher tschechoslowakischer Offizier sein. Auch sonst haben die Bändler unter ihren angestellten Sekretären und Beamten fast durchwegs abgetakelte Offiziere. Auch jüdische Geld weist die „Landpost“ nicht ab. Sie hat fast ständig jüdische Inserate oder Beilagen jüdischer Firmen.

Die Ritter von Palm und Ar Sand in Hand mit den Industriebaronen.

Die Bändler Mahler, Soukup und Spies sitzen einträchtig neben den Großindustriellen Grohmann usw. in dem Verwaltungsrat der Agrarbank. Präsident ist der Graf Westphalen-Fürstenberg. Diese Bank ist beteiligt an Holzgeschäften, Glasfabriken, in der chemischen Industrie, bei Elektrizitätswerken, Maschinenfabriken und an einer Versicherungsgesellschaft. Also agrarische und industrielle Kapitalisten einträchtig nebeneinander. Daß die Herrn Verwaltungsräte auch nicht schlecht bezahlt sind, braucht nicht erst erwähnt zu werden.

Die Agrarier — die wütendsten Arbeiterfeinde.

Da Wahlen vor der Tür sind, gefallen sich die Bändler in einer Lobhudelei der Arbeiter, die sie als Verführte der „jüdischen Margisten“ hinstellen möchten. Aber alles ist widrige Heuchelei. Der Bändlerführer Sommer nannte im Jahre 1919 in Karlsbad die Arbeiter „Börseaner“. In einer Versammlung in Grader hat im Vorjahre der Bändlerabgeordnete Heller den Bauern vorgelesen, die Bergarbeiter verdienen K 4000.— monatlich. Er wurde damals vom Genossen Leibl öffentlich als Lügner gebrandmarkt. Im Jahre 1921 brachte derselbe Herr im Parlament einen Antrag ein auf Abschaffung des Achtstundertages. So besorgten sie tapfer die Arbeit für die Kapitalisten. Heute möchten sie gerne als Beschützer der Arbeiter gelten.

Verdiente Männer.

Die Kandidaten der Prager deutschbürgerlichen Liste für alles (Juden, Christen und Hakenkreuzler, strömet herbei!) haben gestern auf dem Umweg durch die „Bohemia“ ihre Wählerkarten bei der geschätzten Wählerschaft abgegeben. Wir jütieren:

Der Christlichsoziale.

„Ludwig Ripka entstammt einer der ältesten deutschen Prager Familien . . .“

Der „Demokrat“.

„Dr. Ferdinand Rademacher entstammt einer angesehenen Karolinentaler Familie . . .“

Der Hakenkreuzler.

„Franz Kawratic hat sich vor zehn Jahren zum Leiter einer Prager Gemischen Fabrik ernannt . . .“

Die ersten beiden „entstammen“, der dritte — ein Vertreter der nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei (wer laßt hier?) hat sich „emporgearbeitet“ und vertritt nun als Fabrikleiter die Interessen der Arbeiter. Ein ehrenwerter Mann! Das sind sie alle, alle ehrenwert. Der ist kein echter Deutscher nicht, der seine Stimme nicht den Altanfälligen Angehörigen oder den Emporen . . . gearbeitet gibt!

Die deutschen Soldaten sollen nicht wählen?

Die uns mitgeteilt wird, sollen die deutschen Soldaten in Teschen gerade morgen auf Urlaub geschickt werden, so daß sie also verhindert wären, zu wählen. Es ist uns unmöglich, diese Meldung auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Wir richten darum in letzter Stunde an die Militär-Oberbehörden den Appell, der Sache auf den Grund zu gehen und Abhilfe zu schaffen, falls man in Teschen wirklich in so unerhörter Weise das „Blut korrigieren“ wollte.

Von der Preßburger Wahlbewegung. Die deutsche sozialdemokratische Partei in Preßburg, die mit der Liste Nr. 2 in den Wahlsymp eingetreten ist, hat 148 Vertrauensleute für die Vertretung der Partei in den 72 Abstimmungslokalen nominiert. Wer seine Wahllegitimation, sowie die Wählerlisten bis Samstag nicht erhalten hat, meldet sich am Wahltag, das ist am Sonntag, den 16. September im Zentralwahllokal der deutschen sozialdemokratischen Partei (Café Cith, Platz der Republik) oder im Filialwahllokal (Ferdinand Winklers Gasthaus, Landstraße) unserer Partei.

Der „Bund“ die Partei der Großgrundbesitzer.

Die Landbändler sträubten sich mit Händen und Füßen gegen jede Bodenreform und verlangten für den Boden hohe Entschädigung zugunsten ihrer Freunde, der Großgrundbesitzer, als deren Beschützer sie auch sonst tatkräftig im Parlament auftraten. In den Gemeinden gingen sie mit ihnen brüderlich gegen die Kleinlandwirte vor. Dies beweist eine Nachwahl in der Gemeinde Anischau im Bezirke Mies, wo die Bändler auf ihrer Liste den Domänenverwalter des Stiftes Tepl kandidierten. Auch finanziere ließen sie sich von den Großgrundbesitzern. Darüber brachte die „Zukunft“, unser Mieser Kreisorgan, vom 11. April 1922 einen Artikel, in dem nachgewiesen wurde, daß der Großgrundbesitzer Kupinsky in Triebel im Jahre 1920 den Beitrag von K 1780.— als sogenannte „Mitgliedsbeiträge“ einzahlte. Wie Kleinbauernfreundliche diese Traktanten der kapitalistischen Großgrundbesitzer sind, zeigt eine Resolution des Bundes der Landwirte im Kreise Jeschen-Jergau, in der verlangt wird, daß „die Stimmungsberichtigung der steuerzahlenden Schichten nach dem Grundsatz: Ohne Pflichten keine Rechte, neu geregelt wird.“ Das heißt, je mehr Steuer der einzelne zahlt, desto mehr Stimmen soll er bei Wahlen abgeben können. Also ein Klassenwahlrecht möchten diese Patentdemokraten einführen.

Sie haben „Geheimmittel von überraschender Durchschlagskraft!“

Was die Kleinlandwirte von diesen Leuten in den Gemeinden zu erwarten haben, zeigen die „Abwehrmaßnahmen“ des Bändlerführers Fiehaus Deslaven, die er im „Deutschen Agrarblatt“ vom 26. September 1922 empfiehlt. Da heißt es unter anderem, daß

„Geheimmittel angewendet werden sollen, die von überraschender Durchschlagskraft wären. Zur Beruhigung unserer Feinde sei bloß angedeutet, daß sich solche Mittel mehr gegen unsere eigenen pflichtvergessenen Standesgenossen richten als gegen unsere Feinde.“

Unter diesen „eigenen Standesgenossen“ meint Herr Fiehaus jene Kleinbauern, die sich nicht von den Bändlern vergewaltigen lassen wollen. Und die „Geheimmittel von überraschender Durchschlagskraft“? Will man vielleicht ein bißchen Orgesch spielen? So sieht ihre grenzenlose Liebe zu den Kleinbauern aus!

Am 16. September werden diese, die Kleinen am Bande, den Orgeschleuten die richtige Antwort erteilen und jene Partei wählen, die ihre Interessen bisher tatkräftig vertreten hat und dies weiter tun wird und dies ist nur die sozialdemokratische Partei.

Unzulässige Einmischung der politischen Behörden in die Geschäfte der Gemeindefunktionen.

Die politischen Behörden haben an die Gemeinden Erlasse gerichtet, in welchen Vorschriften über die Durchführung der Gemeindefunktionen enthalten sind. Darin heißt es unter anderem:

„Die Bestimmungen der §§ 30 bis 42 sind genau einzuhalten und sind die Mitglieder der Wahlkommission vor der Wahl insbesondere auf diese Bestimmungen aufmerksam zu machen. Bezüglich des § 38 ist ausdrücklich die Weisung zu geben, daß bei Kontrolle der Kandidatenlisten diese den Wählern nicht aus der Hand genommen und auch nicht überworsen oder anders geordnet werden dürfen, sondern es in der Regel genügt, wenn der Wähler erklärt, daß er alle Kandidatenlisten, und zwar unversehrt, besitzt.“

Es wurde in der Tagespresse bereits darauf hingewiesen, daß diese Anordnung mit dem Paragraphen 38 der Wahlordnung im Widerspruch steht und daß die politischen Behörden kein Recht haben, den autonomen Wahlkommissionen, sei es mittelbar oder unmittelbar, Weisungen zu geben. Die Wahlkommissionen werden sich also genau an das Gesetz halten und genau — nicht lediglich durch Befragung — feststellen, ob der Wähler alle Kandidatenlisten ohne Streichungen und ohne Kennzeichnung besitzt.

In den Erlässen der politischen Bezirksverwaltungen heißt es weiter:

„Im Sinne des § 51 der Gemeindefunktionsordnung ist das Ergebnis der Wahl mittels beiliegender Kundmachung öffentlich zu verkündigen. In dieser Kundmachung wird der Abgang über die Anzahl der erhaltenen Stimmen nicht veröffentlicht, sondern nur wer gewählt wurde.“

Auch diese Anordnung ist gesetzwidrig und deshalb unverbindlich. Nach Paragraphen 51 der Gemeindefunktionsordnung stellt die Kommission nach Schluß des Strutiniums das Ergebnis desselben unter Fertigung seitens aller Kommissionsmitglieder und Vertrauensmänner der Parteien protokolllarisch fest, worauf das Gemeindefunktionär das Wahlergebnis durch öffentliche Kundmachung und auf gemeindefunktionäre Weise verkündigt. In der Verkündigung ist auch anzuführen, bis wann, wo und wie gegen die Wahl Einwendungen erhoben werden können. Um die Gültigkeit der durchgeführten Wahl zu beurteilen und Einwendungen erheben zu können, ist es unbedingt notwendig, die auf jede Kandidatenliste entfallene Stimmenanzahl zu wissen. Die Bekanntgabe des Wahlergebnisses muß also auch, wenn sie überhaupt einen Zweck haben soll, das Ergebnis des Strutiniums also die auf die einzelnen Kandidatenlisten entfallene Stimmenanzahl enthalten. Das ergibt sich klar aus Paragraphen 56 der Gemeindefunktionsordnung. Darnach hat die zur Entscheidung über die Einwendungen berufene Behörde, wenn sie solche Mängel des Wahlverfahrens feststellt, die auf das Ergebnis der Wahl von Einfluß sein können, insbesondere, wenn sie feststellt, daß die Freiheit, Reinheit oder Geheimhaltung der Wahl ernstlich verletzt wurde, entweder das ganze Wahlverfahren oder den entsprechenden Teil desselben zu beheben und eventuell eine Neuwahl unter Festsetzung des Tages dieser Wahl anzuordnen. Wurde bloß ein unrichtiges Ergebnis des Strutiniums festgestellt, so hat die Behörde dieses Ergebnis richtigzustellen und es in der Gemeinde öffentlich kundmachen zu lassen. Wir fragen nun, wie kann in den Einwendungen die Unrichtigkeit des Strutiniums behauptet werden, wenn das Ergebnis desselben, das ist die auf jede Kandidatenliste entfallene Stimmenzahl, nicht kundgemacht worden ist?

Die Gemeindefunktionskommissionen werden also auch in dieser Frage sich ausschließlich an das Gesetz halten und die Kundmachung des Wahlergebnisses mit jener Vollständigkeit durchführen, damit die Wähler auch tatsächlich das Ergebnis des Strutiniums, das ist die auf jede Kandidatenliste entfallene Stimmenzahl, erfahren und Einwendungen dagegen erheben können.

Korruption in einer agrarischen Gemeindefunktion.

Wie ein deutschnationaler Abgeordneter spricht. Am Mittwoch fand in Niederebersdorf eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der dem Landbündlerhüuptling Böhm eine vernichtende Niederlage bereitet wurde. In der Versammlung erschienen, außer Sozialdemokraten, auch zahlreiche Mitglieder des Bundes der Landwirte und Gewerbetreibender. Genosse Kögler besprach in ausführlicher Weise die Arbeiterfeindschaft des Bundes der Landwirte. Nach ihm meldete sich Herr Böhm zum Wort, dessen Ausführungen selbst von seinen Parteigenossen mit eisigen Schweigen aufgenommen wurden. Als Herr Böhm geendet hatte, sah man, daß die Landbündler in Niederebersdorf politisch vollständig abgewirtschaftet haben. Da Herr Böhm auch an die Wählerversammlung die Aufforderung gerichtet hatte, derjenige, der ihm während seiner Amtsperiode als Gemeindevorsteher in Niederebersdorf etwas Nachteiliges nachweisen könne, möge dies sofort tun, nahm ihn Gen. Kögler beim Wort. Es handelt sich um folgendes:

Herr Böhm hat während seiner Periode als Gemeindevorsteher ein anderes Mitglied des Bundes der Landwirte, namens Hauptmann aus Niederebersdorf, zum Gemeindefunktionär gemacht. Aus dieser Familie Hauptmann erkrankte ein Familienmitglied im Jahre 1922 und befand sich in der Zeit vom 19. September bis 4. Oktober im Letzner Krankenhaus. Die entstandenen Verpflegungskosten von 352 Kronen wurden aus dem Landesfond beansprucht. Diesem Anspruch war die Abschätzung der Realität zu Grunde gelegt, die der Familie Hauptmann gehört. Die Abschätzung wies einen Wert von 8500 Kronen und einen Zinsenstand von 7400 Kronen nach, so daß nur ein Aktivvermögen von 1100 Kronen vorhanden gewesen sei. Auf Grund dieser Sachlage verrechnete dann der Landesverwaltungsamtsschuh im März laufenden Jahres die Behandlungskosten von 352 Kronen zu Lasten des Landesfonds. Und nun kommt das Ungehörte. Die Realität der Familie Hauptmann ist mindestens 25.000 bis 30.000 Kronen wert, zwei Kühe stehen im Stall, zehn 8 Stück Grund gehören zur Realität, außerdem haben einzelne Familienmitglieder noch Barvermögen, es liegt also bei der amtlichen Abschätzung, zu der die Stempel des Gemeindefunktionärs Niederebersdorf notwendig war, ein schwerer Mißbrauch der Amtsfunktion des Gemeindefunktionärs zur Erreichung persönlicher Vorteile vor. Der Landesfond ist um 352 Kronen gebracht worden, denn die Verhältnisse der Familie Hauptmann legten dieser die Verpflichtung auf, die Krankenhauskosten aus eigenem zu bezahlen.

Ueberflüssig, zu sagen, daß diese Eröffnung auf Herrn Böhm von niederebersdorfer Wirkung war.

Noch einmal die „geistigen“ Waffen der „Bohemia“.

Nachdem wir am Donnerstag die „geistigen“ Waffen des deutschen Bürgertums — und in Sonderheit der „Bohemia“ — im Kampfe gegen die Sozialdemokratie einer breiteren Öffentlichkeit zur Schau gestellt und den maßlosen Beschimpfungen unserer Partei durch das vornehme Bourgeoisblatt unabweisliche Tatsachen entgegengesetzt hatten, trat eine kleine Pause ein. Aber das lucidum intervallum, der lichte Augenblick der tollgewordenen „Bohemia“, zu dem wohl auch das Flugblatt der Bankbeamten sein gut Teil beigetragen hatte, dauerte nicht lange: seit gestern rast der Strom schon wieder und will sein Opfer haben. Noch einmal griffen die publizistischen Erzieher des deutschen Volkes, die in der „Bohemia“ die Kulturerrungenschaften unseres Zeitalters gegen den Ansturm der „rohen Masse“ verteidigen, in ihr reiches Arsenal, um die Wählerkraft durch folgende stichhaltige Argumente von der Verwerflichkeit des Sozialismus und den ewigen geistigen Strafen der Verfechter des Heute zu überzeugen. Die gestrige „Bohemia“ hat der deutschen Sozialdemokratie sachlich entgegengehalten:

deren „Dreistigkeit“ und „Unversehrtheit“, „Unterstellung“, daß sie „nach oben hin denunziert“, „den Prager Straßennob... mobilisiert“, daß sie immer „tölpelhafter“ und „dümmlicher“ wird, „mit ihren Klügen blind um sich schlägt“, daß sie sich „lächerlich“ macht, daß unsere Behauptungen „erstunken und erfolglos“ sind.

Also richtet uns, geistig und moralisch, die „Bohemia“. Welche Kühnheit auch von uns, den Dr. Flachbart einen Agenten Fortnys zu nennen! Und das alles aus purem Neid wegen seines loslosen Anhangs in Prag, von dem sich bei der Ungarn-Versammlung achtundzwanzig Leute einfanden! Woher wir nur die Stirn nehmen, den biederen Magyaren „nach oben hin“ zu „denunzieren“ — nachdem ihm vor uns Dr. Rab in der deutschbürgerlichen Presse Prags seine Beziehungen zur Regierung Fortnys, Hejas' und

Pronahs unter die Nase gerieben hat?! Daß wir wegen dieser Null mit ihren achtundzwanzig Dezimalstellen den „Prager Nob mobilisieren“, weiß in der „Bohemia“ jedes Kind und keiner ihrer Leser verlangt auch nur die Spur eines Beweises für diese kleine Anschuldigung. Der Nob — und die Sozialdemokratie. Sie beide bringt die „Bohemia“ vor den Augen ihres Publikums in innige Verbindung, also die Partei der Schaffenden, der Ausgebühten und Entrechteten mit dem größten Schimpf bedeckend... Es gehört viel ruhiger Blut dazu, diese Beleidigung der Arbeiter durch die nichtswürdige Presse des deutschen Bürgertums glatt zu den übrigen zu legen. Sie soll den deutschbürgerlichen darum nicht vergessen bleiben!

Die knappen, schlagenden Argumente, mit denen der Verband der Bank- und Sparkassenbeamten, die auch gegen ihn gerichteten perfiden Angriffe der „Bohemia“ zurückwies und sein eindeutiger Appell an die Kollegen, die Rechnung mit der „Bohemia“ als der Vertreterin des geeinigten Prager deutschen Bürgertums restlos und sofort zu liquidieren, hat der „Bohemia“ den Rest gegeben. Sie windet sich wie ein Salamander, um aus der unangenehmen Lage, in die sie sich selber gebracht hat, herauszukommen, aber ihre „Erwiderung“ ist überall dort, wo sie nicht in Beschimpfung und Beleidigung ausartet, nichts als inhaltsloses Gekas. Bis ins lauffische Altertum verlegt sie ihren Rückzug und nennt das Fachblatt der Bankbeamten und den „Sozialdemokraten“ die beiden „Dioskuren“. Also sind wir beide, die „Lächerlichen“ und „Tölpelhaften“, die „Denunzianten“ und „Dummen“, plötzlich Söhne des Zeus geworden. Der Vergleich könnte uns schmeicheln, wenn er nicht der „Bohemia“ entstammte, die uns weber zu ehren, noch zu entehren vermag. Ihren fortgesetzten Beschimpfungen und Verleumdungen aber wollen wir weiter in der Weise, die eines Kastro's, des einen der beiden Dioskuren, würdig ist, begegnen. Kastro war als Kossebandiger ausgezeichnet; wir hoffen, die „Bohemia“ zu bandigen, auch wenn sie zoologisch einer nur verwandten Spezies angehört.

also die Zeiten des alten Privilegienwahrrechtes wieder herbei, die Zeiten der Rechtslosigkeit der Arbeiter. Wie sozial er denkt, geht daraus hervor, daß er für die Abschaffung der Erwerbssteuer plädierte. So bestätigte Feyerfeil wieder einmal, daß die Deutsche Nationalpartei eine Schützerin der Kapitalistenklasse ist. Köstlich war Feyerfeil, als er verkündete, daß die Deutsche Nationalpartei keine Freundel- und Protektionswirtschaft einführe, „wenn aber eine Täuschung passiert, dann ist die Ortspartei dazu da, um Ordnung zu schaffen.“ Schließlich sprach Feyerfeil den Unterschied zwischen der Nationalpartei und den Christlichsozialen, wobei er behauptete, daß die Deutschnationalen Partei auch die religiös-politische Weltanschauung vertritt: „Den religiösen Lebungen wohnen auch Deutschnationalen, genau so wie Christlichsoziale bei!“ Schließlich meinte er: „Wenn ich durch den Böhmerwald gehe, so sehe ich zwischen beiden Parteien keinen Unterschied.“

So sprach ein deutschnationaler Abgeordneter in einer Wählerversammlung. Kommentar überflüssig!

Wenn er durch den Böhmerwald geht...

Am 12. September fand in Kapitz eine Wählerversammlung der Deutschen Nationalpartei statt, bei der Abgeordneter Dr. Feyerfeil recht wunderliche Reden führte. Sein Referat war ein Hin und Her zwischen der Deutschen Nationalpartei und den Christlichsozialen. Er gedachte ferner des Waltens der göttlichen Gerechtigkeit, die sich jetzt wieder in Japan gezeigt hat. Die Bewohner von Tokio und Yokohama mühten wirklich schlechte Menschen gewesen sein, weil sie die göttliche Gerechtigkeit so gewaltig strafe. Wahrscheinlich waren sie nicht brave Deutschnationalen oder fromme Christlichsoziale! Weiter feierte der Redner den „guten Stand der tschechischen Valuta.“ In Deutschland werde die Herrschaft der international gesinnten Gruppen bald zu Ende sein, seien doch schon beim Turnfest in München eine halbe Million völkischer Turner aufmarschiert. Ob Herr Feyerfeil mit den international gesinnten Gruppen vielleicht die Hiter- und Koffschöndanten gemeint hat, welche das Reich an die Franzosen verraten haben? Dann wände sich der gute Mann der Gemeindepolitik zu und sagte, daß wohl jeder wählen könne, aber nicht jeder Steuern zahle. Feyerfeil wünscht

Genosse Pfannkuch

Berlin, 14. September. (Eigenbericht.) Im 83. Lebensjahre ist heute abends gegen 7 Uhr der Senior der deutschen Sozialdemokratie, Genosse Wilhelm Pfannkuch, gestorben. Eine Herzkrankung, verbunden mit einer Lungenentzündung, hatte ihn auf ein kurzes Krankenlager gebracht, das er nicht mehr verlassen sollte.

Pfannkuchs Name ist mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von Anfang an verbunden. Er war schon Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereines, wo er erst die Vorträge von Schulze-Delitsch hörte, bis er schließlich zu den Lehren von Lassalle überging. In seiner Heimatstadt Cassel gründete er eine Filiale des Allgemeinen Arbeitervereines, und bald war er als Führer der Casseler Arbeiter anerkannt. Damals arbeitete er in einer Eisenbahnwerkstätte; wegen seiner Agitation wurde er gemahregelt und wurde dann Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes, das aber einging. Im Jahre 1892 wurde er Redakteur des Fachblattes der Tischlergewerkschaft. Schon 1884 war er im sechsten Berliner Reichstagswahlkreise in den Reichstag gewählt worden, dem er mit kurzen Unterbrechungen bis in die letzten Jahre hinein angehörte. In der Nationalversammlung der Republik war Pfannkuch Alterspräsident. Dem Parteivorstande gehörte Pfannkuch seit 1894 an, wo er infolge seiner getreuen Pflichterfüllung und Kollegialität ein beliebtes Mitglied war.

Unermüdet hat er viele Jahrzehnte lang für die Partei gearbeitet, und es war für ihn eine große Genugtuung, als sich beide sozialdemokratische Parteien auf dem Münberger Parteitag wieder zusammenschlossen. Sein Andenken wird von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und von der ganzen deutschen Arbeiterbewegung stets in hohen Ehren gehalten werden.

Der Bergarbeiterstreik.

Die Verhandlungen im Ministerium für öffentliche Arbeiten.

Prag, 14. September. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten teilt über die weiteren Verhandlungen im Bergarbeiterstreik mit: Bei der heutigen Beratung, die unter Vorsitz des Sektionschefs Dr. Fischer stattfand, bildeten die Grundlagen für eine künftige Regelung der Kohlenpreise im nordböhmischen Braunkohlenrevier Gegenstand der Verhandlungen. Das Verhältnis der Preise der Braunkohlen zu denen der Steinkohlen war ebenfalls Gegenstand der Debatte, wobei die Ansichten der Parteien ziemlich übereinstimmten. Die schließlich festgestellte der erforderlichen rechtlichen Unterlagen wurde einer Beratung überlassen, welche im Einberufen der Parteien für Dienstag den 18. d. M., 15 Uhr nachmittags angesetzt wurde. Die heutige Beratung dauerte von 16 bis 20 Uhr nachmittags.

Der Brüner Stadtrat für die Bergarbeiter.

Brünn, 14. September. In der heutigen Sitzung des Brüner Stadtrates wurde einstimmig eine Resolution angenommen, worin sich der Stadtrat Groß-Brünn an die Regierung der Republik mit dem Appell wendet, sie möge sich im Interesse der arbeitenden Bevölkerung mit allen Kräften für die schnelligste Beendigung des Bergarbeiterstreikes einsetzen.

Die Tabakarbeiter für die Streikenden.

Der in Sternberg abgehaltene Verbandstag der Tabakarbeiterinnen und Arbeiter mit dem Tage in Sternberg sprach den kämpfenden Bergarbeitern einstimmig die Sympathie aus und beschloß, unter lautem Beifalle, ihnen zur Unterstützung ihres Kampfes durch die Gewerkschaftskommission in Reichenberg 5000 Kronen zuweisen zu lassen.

Für eine neue Arbeiterregierung in Thüringen!

Berlin, 14. September. (Eigenbericht.) Der Landesauschuß der thüringischen Sozialdemokratie beschäftigte sich heute mit dem Sturz der Regierung. Es wurde beschlossen, nach Möglichkeit auch in Zukunft die Arbeiterregierung zu halten. Zu diesem Zwecke soll mit den Kommunisten auf der Grundlage eines Minimalprogrammes Verhandlungen aufgenommen werden. Die Ausfertigung dieses Programmes erfolgt bis morgen abends durch eine hierzu besonders eingesetzte Kommission. Dienstag abends tritt die Fraktion zusammen, um zu der sich bis dahin ergebenden Entwicklung der Lage Stellung zu nehmen.

Ein polnisches „Schußgeleht“.

Warschau, 14. September. Wie die „Gazeta Prava“ meldet, wird im Justizministerium an einem Ausnahmegericht für Kommunisten gearbeitet. Das Gesetz soll in der nächsten Sejmession dem Hause zur Annahme vorgelegt werden.

Genosse Hilferding über Deutschlands Wirtschaftslage.

Berlin, 14. September. (Wolff.) In der gemeinsamen Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates hielt Reichsfinanzminister Dr. Hilferding eine Rede über die Währungsfrage. Der Minister erklärte zunächst zur Lebensmittellieferung, daß der Getreidebedarf bis zum 15. Oktober sichergestellt ist.

Zur Finanzlage des Reiches erklärte der Minister, daß Deutschland andere Ausgaben, als die zur Erhaltung des Reiches notwendigen, nicht leisten können. Die bedeutendsten Ausgaben sind die für die Ruhr. Heute kann man sagen, daß fast die gesamte Bevölkerung der besetzten Gebiete zum großen Teile durch Reichsmittel ernährt wird. Für die Abhilfe kommt in Betracht, daß Deutschland dort eine ordnungsgemäße und effektive Verwaltung gar nicht mehr besitzt. Es bleibt also nur der Weg einer teilweisen Einschränkung aller Ausgaben im besetzten Gebiete überhaupt.

Die Lösung des Ruhrkonfliktes muß auch im Wege von beschleunigt geführten Verhandlungen gesucht werden.

Ein plötzlicher Abbruch würde verhängnisvolle Folgen haben. Es käme zu schweren sozialen Erschütterungen im Ruhrgebiete. Die Abklärung könne nur allmählich erfolgen. Die Mittel für das Rheinland müssen unbedingt gesichert werden. Es sei ein Weg gefunden, Einschränkungen vorzunehmen, die für die Bevölkerung erträglich seien. Dadurch werde sich die Lage auf dem Devisenmarkt ganz wesentlich ändern. Weiters müßten alle anderen Ausgaben als das notwendigste Maß gespart werden. Dazu würde eine Reihe harter Maßnahmen ergriffen, die in kurzer Zeit die Inflation bedeutend einschränken würden. Wenn das Volk nicht verstehe, daß die Inflation das wahre Unglück sei, gebe es für das Deutsche Reich keine Rettung mehr.

Der Reichswirtschaftsminister von Raumer erklärte zur Devisenfrage, die einzig wirksame Möglichkeit der Einfuhrbeschränkung bestehe darin, daß gemäß der Devisenverordnung Devisen nur gekauft werden dürfen, um die Betriebe auf zwei Monate zu versorgen.

Entspannung auf dem Berliner Devisenmarkt.

Berlin, 14. September. (Eigenbericht.) Der Devisenmarkt zeigt seit gestern eine kleine Entspannung; die Kursobergrenze scheint vorläufig zum Stillstand gekommen zu sein, was auf eine fühlbare Geldknappheit zurückzuführen ist, die zahlreiche Besitzer von Wertpapieren zum Verkauf ihres Materials zwingt. Außerdem scheint jetzt die Regierung im Besitze größerer Devisenbestände zu sein, die sie in die Lage versetzen, auf den Markt einzuwirken. Der wiederholte Versuch der Spekulation, die Kurse nach oben zu treiben, konnte an der heutigen Börse mit Leichtigkeit zurückgewiesen werden. Ein viel schlimmeres Bild zeigt dagegen der Warenmarkt. Bei dem Verkauf von Lebensmitteln wird fast nur nach Millionen gerechnet, die Preise gehen noch immer trotz des Stillstandes der Devisenkurse ununterbrochen in die Höhe. Dabei herrscht gerade an den wichtigsten Lebensbedürfnissen eine außerordentliche Knappheit; für die nächste Woche werden weitere Preissteigerungen erwartet.

Bayern wird Stresemann unterstützen?

Berlin, 14. September. Nach einem Münchener Verichte der „Vossischen Zeitung“ erklärte die bayerische Regierung, die heute vormittag eine Besprechung mit den Koalitionsparteien über die politische Lage hatte, daß sie das Reichskabinett Stresemann außenpolitisch mit allen Mitteln unterstützen wolle und innerpolitisch alle Maßnahmen in der Hand habe, um die Ordnung zu sichern. Der bayerische Ministerpräsident werde Sonntag in Luitpoldenhallen zu den Bayern sprechen und voraussichtlich hierbei eine programmatische Erklärung abgeben. Auch die demokratische Fraktion des Landtages und die deutsche Volkspartei haben zur Lage Stellung genommen. Die Demokraten erklären, es gelte den Bestand des Reiches zu sichern und der Reichsregierung diese Aufgabe durch Zusammenfassung aller Volkskräfte zu erleichtern. Auch die deutsche Volkspartei tritt in einer Erklärung für das Reich und die Reichseinheit und zur Bekämpfung aller separatistischen Bestrebungen ein.

Der Lohnkampf der Bankbeamten.

Berlin, 14. September. Im Bankgewerbe finden jetzt neue Verhandlungen statt, da die Bankbeamten grundsätzlich eine Entlohnung in Festmark verlangen, die mit 20 Goldmark Wochenlohn beginnen und mit der jeweiligen Indexziffer multipliziert werden sollen. Die Forderungen haben heute den Angestellten mitgeteilt, daß für die laufende Woche Beträge von 425 Millionen bis 1.2 Milliarden ausgezahlt werden. Man hofft dadurch, die erregte Stimmung zu beschwichtigen, da es in Leipzig bereits zur Arbeits Einstellung der Bankbeamten gekommen ist.

Berlin, 14. September. Wie der „Totalanzeiger“ aus Augsburg meldet, hat die Gesamt- abstimmung in der dortigen Textilindustrie eine

Zweidrittelmehrheit für den Generalstreik ergeben. Eine Anzahl großer Betriebe ist bereits stillgelegt.

Die Steuerungs- und Geburten in Beuthen.

Beuthen, 14. September. (Wolff.) Bei den gestrigen Demonstrationen sind drei Personen getötet, eine schwer und zwei leicht verletzt worden. Vereinzelt wurden spät abends noch Schaufenster eingeschlagen und die Auslagen geplündert. Der heutige Wochenmarkt ist nur sehr gering besetzt. Starke Polizeikräfte sind zum Schutz der wenigen Händler aufgestellt. Auf einigen Straßen sind die

Das spanische Kabinett hat demissioniert.

Madrid, 14. September. (Havas.) Es herrscht überall Ruhe. Albuernas erklärte, er habe dem Könige vorgeschlagen, die aufrührerischen Truppen abzurufen, das Parlament einzuberufen und die zuständigen Faktoren zur Verantwortung zu ziehen. Der König erwiderte, er müsse sich unbedingt eingehend informieren und alles reiflich überlegen, bevor er seine Antwort erteilen könne. Albuernas überreichte hierauf sofort die Demission des Kabinetts, die der König annahm.

Eine Regierung de Rivera.

Madrid, 14. September. (Havas.) Der König hat Primo de Rivera mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Der König hat das vom Militär vorgeschlagene Direktorium unter Vorsitz des Generalkapitäns Primo de Rivera angenommen. Der Kriegszustand wird im ganzen Lande nur für einige Stunden proklamiert werden. Das fünfjährige Direktorium ist bereits ernannt.

Der Offiziersputsch in Spanien.

Barcelona, 14. September. (Havas.) In der Stadt und der Provinz Barcelona herrscht Ruhe. Es wird bestätigt, daß die Garnisonen in Katalonien, Aragonien und Neu-Kastilien sich der Bewegung angeschlossen haben. Die Beschlüsse der Garnisonen der übrigen Provinzen seien aber unbekannt.

Generalkapitän Estella hat ein Telegramm der Madrider Garnison veröffentlicht, welches besagt, daß sich die dortigen Generale der Bewegung angeschlossen haben und einen gleichen Standpunkt bis zum Eintreffen des Königs einnehmen, wosher sodann die weitere Entscheidung treffen wird. Estella hat bei dieser Gelegenheit erklärt, das Programm der neuen Regierung enthalte vor allem eine Reform in Aragonien und eine Neuorganisation der spanischen Administration. Estella versicherte in seiner Ansprache anläßlich der Eröffnung der Möbelausstellung in Barcelona dem König der Ergebenheit der Stadt Barcelona und betonte den Wunsch, die politischen Ereignisse mögen

Plus Natur und Technik.

Der Schlaf der Insekten. Es ist allgemein bekannte Tatsache, daß ein großer Teil der Tierwelt ebenso wie der Mensch des regelmäßigen Schlafes bedarf. Dieses Bedürfnis befindet sich durchaus nicht nur bei höheren Tieren; man hat vielmehr auch an tiefen typische Schlafstellungen beobachtet. Vor allem gelang erst neuerdings die höchst interessante Entdeckung, daß auch Insekten vermögen, zu schlafen. Nach dem Verichte des in Südamerika lebenden deutschen Forschers Friedrich Schöfer ist die Insekten fast ausschließlich bei Nacht oder an trüben, wolkigen Tagen, wozu sie ein klares, feines Tagesniemals schlafend angeordnet werden konnten, ausgenommen natürlich die nachtschlafenden Arten, die den Tag ruhend in ihren Verstecken zubringen pflegen. Am interessantesten sind die zahlreichen verschiedenen und zum Teil sehr seltsamen Schlafstellungen der einzelnen Insektenarten. Gewöhnlich kriechen sich die Tiere an irgend einem Stengel fest, so daß der Körper frei in der Luft hängt, wobei Beine und Flügel dem Körper entweder fest anliegen, sehr häufig aber auch überseits ganz sonderbare Stellungen zeigen können. Eine ganz typische Stellung nehmen z. B. gewisse Wespen an, die mit den Beinen an einem Stengel festgebissen, den Rücken nach unten, den Hinterleib dagegen rechtwinklig nach dem Rücken zu legen, so daß der Körper mit dem Stengel einen Winkel von ungefähr 60 Grad bildet. Manche Formen klammern sich auch mit den Beinen an, wie denn überhaupt in Bezug auf die Schlafstellungen alle erdenklichen Variationen zu beobachten sind. Als Schlafstätten wählen die Insekten am liebsten ausgetrocknete blätterlose Pflanzenteile. Es soll ziemlich schwer sein, die Tiere aus ihrem Schlaf zu wecken, wogegen sie beim Ausgang der Sonne rasch von selbst erwachen. Mit Hilfe einer östlichen künstlichen Verdunstung soll es übrigens leicht gelingen, Insekten „einzuschlafen“, ein Versuch, der speziell an Insektenmaterial ohne Würde auszuführen sein dürfte. Zu erwähnen ist noch, daß der Schlaf der Insekten mit dem bekannten Lichtschlaf nichts gemein hat und eine ganz verschiedene Erscheinung darstellt.

Belegkassen in den Streik getreten. Für Vormittag ist eine Arbeiterdemonstration durch die Straßen geplant.

Beuthen, 14. September. (Wolff.) Die Demonstrationen haben am Vormittag wieder einen gefährlichen Umfang angenommen. Die Massen versuchten das Rathaus, in dem sich die Hauptwache der Schutzpolizei befindet, zu stürmen. Es riefen aus der Menge Schüsse, welche die Polizei erwiderte. Der Wochenmarkt wurde in kürzester Zeit geräumt und polizeilich abgesperrt.

Um den deutschen Volschaffer in Paris.

Berlin, 14. September. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ weist darauf hin, daß man in Paris auf die Befreiung des Volschaffers Wert zu legen scheint und daß an dieser Formalität die eingeleitete Diskussion nicht scheitern dürfe. Doch soll nicht etwa der deutsch-nationale Volschaffler von Dörsch, sondern ein Verständigungspositiver als Volschaffer nach Paris abgeschickt werden.

Das spanische Kabinett hat demissioniert.

von einer Wiedergeburt Barcelonas und Kataloniens gewiecht sein. Die Ansprache Estellas wurde von der Versammlung begeistert aufgenommen. Estella erklärte dem Berichterstatter der Agence Havas, Zweck der gegenwärtigen Bewegung sei, die spanische Politik zu säubern, den Schutz der Arbeit zu sichern, diejenigen, welche die Niederlage Spaniens in Marokko verschuldet haben, zur Verantwortung zu ziehen und schließlich die Anschauung bezüglich des Rif-Feldzuges zu ändern. Er versicherte dem Berichterstatter, daß sich die Bewegung bereits zahlreiche Militärgruppen angeschlossen haben, und fügte hinzu, die neue Politik werde im Falle ihres Sieges in kräftiger Weise die illegale Bewegung der Kommunisten, der Revolutionäre und der Separatisten unterdrücken, an der Arbeitergesetzgebung arbeiten und bestrebt sein, das Regierungsprogramm in Marokko zu verwirklichen. Ferner werde ihr Streben dahin gerichtet sein, den Feldzug in Afrika einzuschränken, damit das Land bezüglich der wertvollen finanziellen Lasten erleichtert werde. Zum Schluß erklärte Estella, die neue Regierung werde eine internationale Friedenspolitik betreiben.

Nach aus einer anderen Quelle stammenden Verichten wird aus Madrid gemeldet, daß das Kabinett Albuernas bisher am Ruder ist. Der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium erklärte, der Kommandant der Madrider Garnison, Generalkapitän Man, verbürge sich für die Disziplin seiner Truppen.

Die sozialdemokratischen Nationalparlamentarier in Oesterreich.

Wien, 14. September. Morgen wird die Kandidatenliste der sozialdemokratischen Partei publiziert. In Wien sind Vorkandidaten für die Wahlkreise I bis VII die Genossen: Dr. Otto Bauer, Karl Leichter, Otto Glöckel, Karl Seib, Laurenz Widholz, August Forster und Albert Sever. In St. Pölten wird Vorkandidat Genosse Ludwig Bretschneider, in Wiener-Neustadt Genosse Dr. Karl Renner, in Krems Genosse Hans Lorenz und in Korneuburg Genosse Johann Pölcher.

Elektrische Warner vor Erdbengas. Gefährlicher als die Explosionen schlagender Wetter oder von Kohlenstaub sind für den Bergmann die bei solchen Explosionen entstehenden und noch längere Zeit die Grube nachher erfüllenden Nachschwadens oder schweren Wetter. Die große Menge giftiges Kohlenoxyd enthalten. Das Vordringen der Rettungsmannschaften in solchen Nachschwadens ist natürlich mit großer Lebensgefahr verknüpft, und leider viel zu häufig haben schon die Nachschwadens mehr Opfer gefordert, als die Explosionen selbst. Man weiß nun, daß kleine Vögel z. B. Kanarienvögel oder Mäuse, gegen die Vergiftungen des Kohlenoxydes viel empfindlicher sind als der Mensch, der sich unter Umständen längere Zeit in Nachschwadens aufhält, ohne es zu wissen, und erst ziemlich spät, oft zu spät, deutliche Krankheitserscheinungen spürt. Auf Grund dieser Tatsache haben die Bergwerksbehörden der Vereinigten Staaten von Amerika Versuche unternommen, solche kleine Tiere als schwindige Anzeigepostulare, als Warnungsinstrumente in nachschwadendurchdrungenen Gruben zu verwenden. Dabei ergab sich, daß Mäuse und Kanarienvögel außerordentlich rasch auf Kohlenoxyd reagierten, und daß auch eine Gewöhnung nicht einzuwirken scheint, wenn die Tiere mehrmals an ein und demselben Tag den Nachschwadens ausgesetzt werden. Wenn man Luft mit 25 Prozent Kohlenoxyd aus Kanarienvogel einwirken läßt, so beginnen diese schon nach zwei Minuten sehr unruhig zu werden; nach drei Minuten tritt Bewußtlosigkeit ein. Wenn man dann die Tiere in frische Luft bringt so erholen sie sich nach einigen Minuten wieder. Weniger empfindlich sind die Mäuse, die unter gleichen Verhältnissen erst nach sechs Minuten anfangen, unruhig zu werden, erst nach zwölf Minuten das Bewußtsein verlieren und etwa 25 Minuten zur Erholung brauchen. Den gleichen Versuchsergebnis, in dem die Tiere bis zur Bewußtlosigkeit verblieben, verließ ein Mensch nach voll 20 Minuten mit den ersten Erscheinungen eines Unwohlseins erst eine Stunde später wurde er eigentlich krank und erholte sich nach etwa acht Stunden wieder. Es scheint danach durchaus nicht ausgeschlossen, daß die kleinen Tiere zur Warnung vor altem Nachschwadens in Vorwerken gute Dienste leisten können.

Tages-Neuigkeiten.

Dem Tag entgegen.

Nun aber tagt es;
und ist nicht Zeit zu schlafen mehr,
Auf ihre Brüder, magt es
und rennt vor der jungen Sonne her!
Die leuchtet dir,
sie funkelt mir,
sie spricht und glüht so dort wie hier.
Heilig lobendes Herz der Welt,
das unser Blut im Takte hält:
Wir nehmen dich auf in unsere Brust.
Wir haben immer und immer gewußt:
Aus dieser Nacht, die an uns klebt,
die finstert über der Erde schwebt,
kannst du nur Wfen und befreien,
du heilig glühendes Herz allein.

Wir wollen nicht länger im Schatten haften,
in enger, dumpf verunkelter Zeit.
Wir hören die Stürme und Ströme brausen
und ahnen: Die Welt ist ewig weit,
harrt unser mit Freuden, harrt unser in Schmerzen;

Hoch die Köpfe! Höher die Herzen;
Wach die Sinne! Die Augen klar!
Wir sind der Zukunft neue Schar.

Hand zu Hand!
Hand zu Hand!
So schreiten wir mutig auf allen Wegen
unserem hellen Tag entgegen.

Karl Pröger.

Apothekerfragen. Auf der Tagesordnung der gestrigen Plenarsitzung der ständigen Verbraucherkommission stand die Frage der Herabsetzung der Preise der Arzneimittel, der Herabsetzung der Apothekertarife, die Frage der Erleichterung des Apothekergewerbes zum freien Gewerbe, die Schaffung eines Institutes zur Prüfung von Arzneimitteln, die Einführung von Apothekerinspektoren, der Verkauf fertigerpackter Arzneimittel und Drogen. An der Sitzung nahmen die Vertreter des Gesundheitsministeriums, des Handelsministeriums, der Prager und der Egerer Handelskammer und der Apotheker und Pharmazienten teil. Den Verband der Krankenkassen vertraten Abgeordneter Genosse Hadenberg und Genosse Mag. Kreisl. Ferner waren die Genossen Abgeordneter Dietl und Rautra, sowie für die tschechisch-sozialdemokratischen Konsumentenorganisationen Senator Jirasek anwesend. Als der Vertreter des Ernährungsministeriums bekanntgab, daß die Frage der Aufhebung des Konzessionszwanges der Apotheken erwoogen werde, verließen die Vertreter der Apotheker den Beratungssaal. Unsere Genossen präzisieren den Standpunkt des konsumierenden Publikums gegenüber dem Arzneimittelverkehr und legten der Enquete ein reiches Material über die Uebelstände in den Apotheken sowie über ihre mangelnde Ueberwachung vor. Sie faßten ihre Ausführungen dahin zusammen, daß sie grundsätzlich auf dem Standpunkt der Freigabe des Arzneimittelverkehrs stehen und die Kontrolle des konsumierenden Publikums über den Arzneimittelverkehr verlangen. Die Vertreter der Ministerien sagten eine eingehende Behandlung unserer Forderungen zu.

Der Schlaf im neuen Licht. Der Schlaf, der im Leben des Menschen eine so große Rolle spielt, gibt der Wissenschaft noch so manches Rätsel auf. Vor allem sind aber viele Irrtümer über das Schlafen im großen Publikum verbreitet. Ein englischer Gelehrter, der sich mit den Schlafproblemen viel beschäftigt hat, teilt einige Wahrheiten über den Schlaf mit, die ihn in einem neuen Licht erscheinen lassen. Aus den Erzählungen, daß Männer wie Napoleon mit vier bis fünf Stunden Schlaf auskommen, hat man schließen wollen, daß geringeres Schlafbedürfnis ein Zeichen genialer Veranlagung sei. Das ist aber ein großer Irrtum. Sehr viele hervorragende Männer waren Langschläfer, wie z. B. Dr. Johnson und Darwin. Es ist überhaupt falsch, die Wirkung des Schlafes auf den Menschen nach Stunden zu messen; vielmehr ist das einzig Entscheidende die Art des Schlafes. Es ist ein allgemeines Gesetz, daß die Tiefe des Schlafes wichtiger für den Organismus ist als seine Länge. Wer sehr tief schläft, wird in vier bis fünf Stunden sein Schlafbedürfnis besser befriedigen als einer, der leicht schläft in der doppelten Zeit. Schlaf ist eine Zeit der Ruhe für den Körper und Gehirn und er ist am angenehmsten und erfrischendsten, wenn beide gleichmäßig ermüdet sind. Mit einem müden Gehirn in einem noch frischen und ruhelosen Körper ist Schlafen schwierig. Dasselbe ist der Fall, wenn zwar die Muskeln ermüdet sind, aber das Gehirn seine Frische bewahrt hat. Während der Zeit des Schlafens ist das Blut damit beschäftigt, die Abfallprodukte zu beseitigen, die sich in den Nervenzentren angesammelt haben und ihre Tätigkeit zeitweise lähmen. Wenn diese Beseitigung beendet ist, dann hat der Schlaf den Zweck der Natur erfüllt und man wacht auf. Dieser Vorgang vollzieht sich bei verschiedenen Menschen verschieden. Die Zeit des Schlafens hat mit seiner Wirkung nichts zu tun, und es ist ein Vorurteil der Fröhlichkeit, daß der Schlaf vor Mitternacht besonders kräftigend sei. Wer länger schläft als es die Natur erfordert, schädigt sich dadurch. Der natürliche Schlaf ist stets mit einer zeitweisen Bluteere im Gehirn verbunden, und dauert der Schlaf so lange, so fällt es dem Gehirn schwer, seine normale Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Die jungen Quäker an Deutschland's profan-tarische Jugend. Anfang August hielten die „Young Friends“, die jungen Quäker, in Richmond, Indiana eine Konferenz ab. Es trafen sich dort 350 junge Leute, die alle Teile der Vereinigten Staaten, England, Kanada, Sibirien, China und Japan vertraten. Die „Freunde“ wünschen in erneuter Erkenntnis der physischen, geistigen und geistigen Abgeschlossenheit der deutschen und österreichischen Jugend, daß auch sie trotz allem den Mut aufrechterhalten im Kampf für ein Leben, das jede Möglichkeit der Entstehung von Kriegen verhindert. Als Ausdruck ihres Kameradschaftsgefühls senden sie „den jungen Menschen in Deutschland und Oesterreich“ diese Botschaft: „Die jungen Quäker fühlen sich Euch herzlich nahe. Jugend aus den Vereinigten Staaten, aus England und anderen Ländern traf sich in diesen Tagen, Jugend der verschiedensten Meinungen; und überwältigend stark erstand in uns das Bewußtsein der tiefen Gemeinschaft, der Einheit aller Menschen. Das Dunkel des Krieges, das uns verwirrt, beginnt sich zu lichten; wir sehen, was für ein Un Ding es ist, ein ganzes Volk zu verurteilen. Wir glauben, daß alle Staaten schwere Schuld tragen und unser Stolz auf Amerika wird Demut, denken wir an Lüge und Haß, mit denen wir uns beladen. Aber wir glauben auch, daß in allen Ländern Menschen in Eingabe die Welt der Wahrheit und Liebe zu bauen suchen. Wir hörten von Euch jungen Menschen in Deutschland und Oesterreich, die Ihr entschlossen seid, treu zu sein trotz Einsamkeit, gescheiterter Hoffnung, Not. Ob unser nächstes Ziel auch nicht dasselbe, wir wandern gemeinsam mit Euch, Kameraden, auf dem Pfad der Liebe. Mit Euch glauben wir, daß uns aus der ersten Betätigung der Liebe im Alltag jedes einzelnen eine neue Welt des Brudersinns ohne Grenzen, die Welt des Rechts entstehen kann.“

Der Rückgang der deutschen Geburtsziffer. Die Statistik über die Geburten- und Sterblichkeitsverhältnisse in den 46 deutschen Großstädten über das zweite Vierteljahr 1928 zeigt einen auffälligen Rückgang der Geburten. Wie Koesle in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ ausführt, wurden im zweiten Vierteljahr nur noch 65.924 Lebendgeborene gegenüber 69.631 im vorangegangenen und 75.726 im zweiten Vierteljahr 1922 verzeichnet. Hatte sich in diesem Vierteljahr 1922 die Geburtenziffer noch auf 18,5 belaufen, so betrug sie jetzt nur noch 15,8 und nähert sich damit den Minimumwerten der Kriegsjahre. Tageweise hat sich die Sterblichkeit im letzten Vierteljahr weiter gebessert. Sie war mit 52,846 im zweiten Vierteljahr 1928 geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres mit 55,345; nur die Zahl der Sterbefälle an Tuberkulose war höher als im zweiten Vierteljahr 1922. Die allgemeine Sterbeziffer ist von 13,5 auf 12,7 gefallen, die Tuberkulosesterbeziffer von 1,80 auf 1,91 bei der Berechnung auf je 1000 Einwohner und aufs Jahr gestiegen.

Keine „Tiroler“ mehr südlich des Brenners. Der Bozener „Landmann“ wurde geschlagen, weil er Stützen aus dem „Tiroler“ Volksleben brachte und von der „Tiroler“ Volkspartei sprach. — Unser Bozener Bruderblatt, das „Vollrecht“, kann bis heute noch nicht wieder erscheinen, weil die Faschisten das Gewerkschaftshaus mit der Parteidruckerie noch immer besetzt halten.

Der Gesundheitszustand Lenins. In der Plenarsitzung der Zivillisten Organisationen der kommunistischen Partei erklärte Bucharin, daß sich der Gesundheitszustand Lenins bedeutend gebessert habe. Es sei aber nicht richtig, daß Lenin in den allernächsten Tagen wieder seine Arbeiten aufnehmen werde, da er noch erholungsbedürftig ist.

Grubenkatastrophen im Rheinland. Laut der „Rheinischen Zeitung“ ereignete sich bei Raizer am Mittwoch auf der Regiezeche „Viktor“ Schacht drei und vier eine Grubenexplosion, wobei 40 im Dienste der Franzosen stehende Arbeiter verunglückten, mit ihnen auch der als Geißel eingeführte Obersteiger Schulze. Auf der Zeche „Viktor“ Schacht vier und zwei rief am Dienstag ein Förderseil, wobei vier Arbeiter getötet wurden.

Kant in Versen. Man hat bereits Kants „Kritik der reinen Vernunft“, die als so schwer verständlich gilt, in „modernem Deutsch“ übertragen, was das Studium dem Leser von heute leichter zu machen. Nun aber erhalten wir sogar einen Kant in Versen. Max Epstein hat, wie der „Vorwärts“ berichtet, die „Kritik der reinen Vernunft“ in deutsche Stanzas umgedichtet. Wie in der Ankündigung betont wird, steht sich „der bekannte Kritiker das Ziel der klassischen didaktischen Poetie: er will das Schwierige lebendig-leicht darstellen. Das schwierigste Buch der Weltliteratur wird hier in originaler Versform dem Leser annähernd dargelegt. Epitaphs Wert ist keine Verklärung Kants, auch seine Darstellung seines Systems aus weicher Hand, sondern eine Vergegenwärtigung, die dem Original in Gedankengang und Aufbau treu folgt. Das beherrschende Gedächtnis hat er in bester Form gebracht.“

Eine misserfolgreiche Rundgebung. Aus Badgastein wird berichtet: Ein heiterer Zwischenfall spielte sich beim Badgasteiner Streik vor dem Hotel „Europa“ ab. Der Streik war beendet und Landessekretär Kraupner schrieb als Mitglied des Redaktionskomitees in der Kanzlei des Hotel „Europa“ den Kollektivvertrag als die für London Angestellten des Hotel „Europa“ über 100 Personen, vom Dienstag kommend, das Arbeiterlied singend: „Auf zur Arbeit zurück!“ Als sie Kraupner am Fenster sahen, riefen sie „Hoch Kraupner, Hoch die Transaktionsfreiheit“ usw. lebhaft winkten und über Freude Ausdruck gebend. Im gleichen Moment hielt ein reicher indischer Maharadscha mit seinem zahlreichen Gefolge seinen Einzug ins Hotel, dankte

gütlich für die, wie er glaubte, ihm dargebrachten Günstigkeiten und sprach auch noch der Dankbarkeit seine Anerkennung für den liebevolligen Empfang aus.

Eine Insel in der Nordsee untergegangen. Bei der großen Sturmflut, die vor einigen Tagen die baltisch-schleswigsche Westküste heimlich, ist die bewohnte kleine Insel Rano von den Wellen verschlungen worden. Die alten Dämme wurden durchbrochen und die Sturmflut überflutete die ganze flache Insel, alle Lebewesen und Pflanzlichkeiten mit sich reichend. Wie groß die Zahl der Opfer ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Da außer den festen Bewohnern sich noch eine Arbeiterkolonie dort befand, die gerade mit der Aufführung eines neuen Schulbaues beschäftigt war. Ein Teil der Einwohner und der Arbeiter war mit der Rettung der Habe beschäftigt, als die Katastrophe hereinbrach.

Im Seegelboot nach Amerika. Ein junger Franzose, Maingerault, ist in einem Seegelboot nach Amerika unterwegs. Er hat mit zwei englischen Jachtbesitzern gewettet, daß er ohne fremde Hilfe über den Ozean segeln würde. Es scheint nach den bis jetzt eingetroffenen Nachrichten, daß er Aussicht hat, sein tollkühnes Vorhaben durchzuführen. Maingerault ist im Mai von Nizza in seinem zehn Meter langen Boot „Firecrest“ abgefahren und traf am 6. Juni in Gibraltar ein, wo er sich mit neuen Lebensmitteln versorgte. Nach einigen Tagen setzte er seine Reise fort. Jetzt hat ihn am 5. September mitten im Meere, 200 Kilometer vom Leuchtturm von Rantucket der griechische Dampfer „Dyron“ angetroffen, von dem er einige Vorräte erhalten hat.

Brand einer Gemischen Fabrik. In der chemischen Fabrik A. Formandl in Prodel bei Prerau brach gestern um 20 Uhr ein Brand aus. Es wurde das benachbarte Lager der Fabrik für technische Fette mit den Vorräten im Werte von einigen tausend Kronen vernichtet. Es gelang, den Brand zu lokalisieren. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Erzeugung wird nicht unterbrochen.

350 Milliarden gestohlen. Der am 21. August 1891 in Wien geborene Anton Bammer verwendete Donnerstag einem Hamburger Bankgeschäft ausländische Zinsscheine, Schecks und Banknoten im Werte von 350 Milliarden. Es handelt sich um Zinsscheine chinesischer, argentinischer, amerikanischer, spanischer und anderer Wertpapiere. Bammer ist eine auffallende Erscheinung. 185 Zentimeter groß. Er ist bartlos, hat eine blasse Hautfarbe und spricht wienerischen Dialekt. Die Bank hat auf die Erzeugung und Wiedererlangung der Wertpapiere mehrere Milliarden Beschlagnahme ausgesprochen.

Wahnsinnsat oder Sodbismus? Am Mittwoch lockte der 18jährige Bäckerehrling Hübnert, der bei dem Bäcker Huber in Riegersdorf in der Lehre steht, dessen 14jährige Tochter in den Wald, unter dem Vorgeben, ihr ein Fuchsnest zeigen zu wollen. Im Wald überfiel er das Mädchen plötzlich mit einem Messer und versetzte ihr sieben glückliche Weise nicht gefährliche Wunden. Schließlich gelang es dem Mädchen, sich ihres Angreifers zu erwehren und stark blutend nach Hause zu gelangen. Der Täter ist flüchtig und wird von den Gendarmen verfolgt.

Von Schnellzug gerührt. Der 33jährige Beamte Pazdera aus Patsau sprang nächst Predmos bei Prerau unter den heranbrauenden Schnellzug und wurde getötet. Die Ursache der Tat ist unklar.

Die Frau ispiert. Der Grundbesitzer Saldza aus Pauschan bei Neugedein schickte bei einer Auseinandersetzung seine Frau, die er schwer mißhandelt hatte, an den Haaren solange durch das Zimmer, bis er ihre fast die ganze Kopfhaut heruntergerissen hatte. Die schwerverletzte Frau hat auch sonst noch mehrere Verletzungen erlitten. Der Täter wird verhaftet.

Urlaubsanbruch eingetriedet, Kieferbegastigen. Das Ministerium für nationale Verteidigung hat bekannt, daß Kieferbegastigen, welche behufs Aktivierung aktiven Dienst leisten, nur in außerordentlichen Fällen beurlaubt werden dürfen; die Urlaubszeit darf in einem Kalenderjahre nicht mehr als höchstens 14 Tage betragen. Kieferbegastigen, die zu Waffenübungen eingetriedet sind, können nur einmal, auf höchstens drei Tage und nur in dringenden unauflösbaren Familienangelegenheiten, einen Urlaub erhalten.

Neuregelung der Wehrpflicht-Erleichterungen. Im Ministerium für nationale Verteidigung wird, wie die „Prager Presse“ erfährt, gegenwärtig an mehreren militärischen Vorlagen gearbeitet, die für die kommende Session der Nationalversammlung bestimmt sind. Das Ende der verflochtenen Session von beiden Häusern angenommenes Gesetz über das neue Militärdisziplinargesetz soll in den nächsten Tagen seine Durchführungsverordnung erhalten. — Unter den größeren Vorlagen wird das Ministerium der Nationalversammlung eine Novelle zum Gesetz über die Wehrpflicht-Erleichterungen unterbreiten. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes ist der Nationalverteidigungsminister verpflichtet, der Nationalversammlung alljährlich einen statistischen Bericht über die Ausfertigung der Wehrpflichtbegünstigungen auf das im Gesetze vorgesehene Kontingent von 4000 Mann zu unterbreiten. Es hat sich nun gezeigt, daß die durch das Gesetz für die Auswahl der Bewerber bestimmte Auslosung ein unzureichendes mechanisches Mittel darstellt, das die sinnvolle Anwendung des Gesetzes bedeutend erschwert. weil es nicht praktisch und intensiv ausgeübt werden kann. Man ist darin übereingekommen, daß die Auswahl der Bewerber eigentlich rein individuell erfolgen müßte, wenn die im Gesetze vorgesehenen sozialen und wirtschaftlichen Vorteile voll und zweckmäßig ausgenutzt werden sollten. Das Ministerium wird deshalb zu einer Novellierung dieses Paragraphen schreiten, an der bereits gearbeitet wird.

Eisenbahnräuber. Auf der Strecke Kaschau—Korberg waren in letzter Zeit neun Fälle Verurteilung von Bahnzügen gemeldet worden. Es gelang den Bemühungen der Kontrollorgane, den Räuber auf frischer Tat, als er Waren aus dem Zug entwarf, festzunehmen. Es ist der 33jährige Emil Schudert aus Lundenburg; er bezeichnete den Kaufmann Ruzhany in Seind als Käufer der geraubten Waren.

Witterungsbericht am 14. September. Nach einschlägiger Unterbrechung hat sich Donnerstag neuerdings Bildung von Wärmegewittern eingestellt, und zwar in Böhmen in ausgedehntem Maße. In Prag und in der Slowakei jedoch nur vereinzelt (Jmalm, St. Smolovec). Die Niederschläge, die ausschließlich von Gewittern herrührten, brachten nur wenig Auflockerung, in Jmalm ein, am Donnerberg drei Millimeter, sonst noch weniger. In der Umgebung von Prag fiel Hagel. Die Temperatur wies am Donnerstag gegen den Vortag keine Veränderung auf, ihre Nachmittagswerte liegen in Böhmen um 8 bis 10 Grad C. über dem Normal. Das Hochdruckgebiet geht nimmehr auf Osteuropa über, im Westen breitet sich tiefer Druck streifenförmig aus, mit Kernen über Schottland und dem Mittelmeer. In Südwestfrankreich sind stärkere Niederschläge gefallen (20 bis 30 Millimeter). In der gegenwärtigen Druckverteilung scheint sich eine Aenderung vorzubereiten. Voraussichtlich ist die ausgebreitete Ausbildung von Zuggewittern zu erwarten. Wofür sich aus dem südlichen Tiefdruck eine Zirkone entwickelt, müßte mit einer erheblichen Verschlechterung gerechnet werden. — Wahrscheinliches Wetter am 15. September: Westen: Bewölkungszunahme, Gewitterregen, kühl. Osten: Voraussichtlich schon, später Wärmegewitter.

Prager Chronik.

Der Fahrpreis der Straßenbahn.

Dem „Cesté Slovo“ zufolge bereitet der Verwaltungsrat der elektrischen Unternehmungen eine Herabsetzung der Fahrpreise der elektrischen Straßenbahn vor. — Der Zentralverwaltungsausschuss wird ein Antrag überreicht werden, die Marktgeldgebühren herabzusetzen.

Aus dem Polizeibericht.

Ein aufregender Vorfall trug sich Donnerstag um 2 Uhr nachmittags in der Richter Kapellgasse zu. Das dreijährige Töchterchen eines Eisenbahnbediensteten, Marie Samoc, lief vor einen Motorwagen und wurde von diesem umgeworfen und erlitt Verletzungen im Gesichte. Das Kind wurde auf die deutsche Kinderklinik überführt.

Der Fujiyama.

Auch der heilige Berg der Japaner, der Fujiyama, ist nach den jüngsten Messungen bei dem großen Erdbeben nicht unverändert geblieben. Seine Gestalt soll ein anderes Aussehen erhalten haben; man weiß freilich noch nicht, worin die Veränderungen des Berges bestehen, der gleich einem ungeheuren Zuckerhut aus der Landschaft aufragt. Aus den herrlichen Gärten des Villenviertels von Hofohana, das vor dem Erdbeben Stadt und Hafen überragte, sah man den Riesen an klaren Tagen in mächtiger Ferne emporkragen, weiß das Haupt von weißem Schnee, der nur im Juli und August schmolz, aber auf dem Gipfel stets erhalten bleibt. Dieser Gipfel liegt in 3778 Meter Höhe und ist der höchste Berg des Inselreiches, wie fast alle hohen Gipfel in Japan ein Vulkan, der aber seit 200 Jahren keine Tätigkeit mehr gezeigt hat. Der letzte Ausbruch des Fujiyama war im Jahre 1707; seither war kein Krater, der einen Durchmesser von 400 bis 500 Meter hat und 178 Meter tief ist, unverändert. Die Entfernung von Hofohama bis zum Fujiyama beträgt etwa 120 Kilometer; vermutlich ist der heilige Berg seit dem Erdbeben noch nicht wieder erstiegen worden, so daß man noch nicht weiß, ob er in Verbindung mit der großen Katastrophe etwa wieder Lebenszeichen von sich gegeben hat. Seine Erstbesteigung ist kein swags schwer; alljährlich im Hochsommer, wenn der größte Teil des Kraters schneefrei wird, unternehmen viele Tausende buddhistischer Pilger den Aufstieg bis an den Kratertrand.

Zu unzähligen künstlerischen Darstellungen japanische Maler und Zeichner ist der Fujiyama geschildert. Die obere Schönheit und die Ruhe seiner Linien, der Reiz seiner ewig wechselnden Stimmungen haben oft meisterhaften Ausdruck gefunden; bezeichnend war es Helmsai, der den Fujiyama künstlerisch dargestellt hat. Was an diesem heiligen Berg so erhaben wirkt, ist neben den einfachen Linien seiner Gestalt die imposante Höhe des aus der Erde aufragenden Vulkans. Er gleicht darin dem Keta und dem freilich noch höheren Kilimandscharo in der ostafrikanischen Ebene, auch dem Pit von Teneriffa, der unmettelbar aus dem Wasser emporzuschießen scheint. Für die Japaner ist der Fuji das nationale Wahrzeichen, das ihnen bei der Heimkehr aus fremden Lande schon von hoher See aus seinen Gruß zu senden scheint.

Außer ihm hat das ostasiatische Inselreich noch Hunderte anderer erloschener Vulkane, deren etwa 20 noch heute tätig sind. Darunter sind hervorragende Berge von furchtbarer Gewalt. Sie liegen meist im Süden des Landes, auf der Insel Kjusiu, wie der schreckliche Asofan, der größte Vulkan der Welt, der schon oft diese südliche der großen japanischen Inseln mit seinen Lavaströmen und seinem Aschenegeen überschüttet hat. Sein Hauptkrater hat einen Durchmesser von 25 Kilometer und überstrift damit sogar die Kiefernwaldkane von Hawaii. Er erhebt sich auf einer Basis mit einem Durchmesser von 70 Kilometer und bildet auf dieser einen ungeheuren flachen, sehr langsam ansteigenden Kegele von etwa 1000 Meter Höhe. Der Asofan ist einer der allerjüngsten Vulkane der Erde; im Laufe künftiger Zeiten werden noch unzählige Eruptionen diesen Kegele gewiß höher und höher türmen.

Kleine Chronik.

Auf dem indischen Perlenmarkt.

Der Ertrag der Perlenfischerei geht von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zurück, und so werden diese wundervollen „Tränen des Meeres“ immer seltener und immer kostbarer. Konnte man früher noch für den Bedarf des Abendlandes aus den ungeheuren Vorräten des Orients an alten Perlen schöpfen, so hat das heute aufgehört. Der Orient lauft mehr zurück als er verkauft, und besonders sind die indischen Radschahs, die früher Abgeber waren, zu „Perlenhämstern“ geworden. Die Perlmuschel gedeiht ausschließlich in den warmen Meeren, und zwar kommen die schönsten und meisten Perlen aus dem Indischen Ozean und vom Persischen Golf. Die zartgelblichen Perlen des letzteren Meeres gelten bei den Orientalen für die dauerhaftesten und gefundesten. Dem deutschen Geschmack zuliebe, der weiße Perlen verlangt, hat man viele schöne Stücke künstlich gebleicht. Da Indien heute wieder ein eifriger Käufer von Perlen ist und zudem die indischen Meere am meisten liefern, so ist der Perlenmarkt in Bombay der bedeutendste der Welt. Die Leute, die die Perlen-tauscher ans Licht bringen, wird auf den Schiffen ausgeschüttet; dort laulen die Muscheln einen Tag lang und öffnen sich von selbst, mit ihrem Verwesungsgeruch die Luft erfüllend. Findet man ein besonders schönes Stück, so feiert das betreffende Boot dieses Glück durch ein Fest, bei dem Loblieder zu Ehren des Kleines des gen Himmel schollen. Die aus den Muscheln befreiten Perlen werden einige Tage in Nohrjucker geschüttet, wodurch sie den düstlichsten Glanz erhalten sollen. Dann verkauft der Fischer seine Ernte dem arabischen Händler, der für einen Saal Reis häufig eine Perle eintauscht, die im Abendlande ein Vermögen wert ist. Dann kommen die Perlen auf den Markt nach Bombay. Dort in den Basaren, in diesen niedrigen kleinen Läden, so schildert der bekannte Goldschmied Emil Lettre in seinem jüngst erschienenen Buche: Kleinodien, wird in orientalischer Weise um die Früchte des Meeres gehandelt, gewinkt, gehandelt in eigener Sprache auf geheimnisvolle Weise, malerisch und komisch genug. Gebete, an den Propheten gerichtet, leiten den Handel ein. Gegenseitig machen sich Käufer und Verkäufer Komplimente, loben, rühmen sich und ihre Familien, der eine des andern Klugheit, und so zieht sich das Geschäft hin, oft eine Woche und länger dauernd, bis der Kauf beendet ist. Nach Erledigung des Handels werden die Perlen von Eingeborenen an Ort und Stelle mit großer Geschäftlichkeit gehandelt, dann auf seidene Schnüre gezogen, die reizvoll mit Silber verziert werden. Die hauptsächlichsten Gebiete der Perlenfischerei liegen in englischen Kolonien. Aus diesem Grunde war London bis in die letzten Jahrzehnte die Zentrale des Perlenhandels, doch bemächtigt die sich heute die Franzosen, also Paris, mehr und mehr mit Vorteil des Perlenhandels. Es werden ja auch in den Flüssen Perlen gefunden. Doch haben die Süßwasserperlen kein Leben; zwar sind sie weiß, aber ohne das Unbegreifliche, die Seele, die im Spiegel des Lüstrs der sogenannten Orientperle, die im Meere gefischt, liegt.

Einwanderung und Volksintelligenz. Wie beeinflussen die Einwanderer die geistige Struktur der Vereinigten Staaten? Diese Frage legte sich, der „Anschau“ zufolge, Professor Kimbal Young vor. Er ging davon aus, daß bis zum Jahre 1882 die Mehrzahl der Einwanderer aus West- und Nordamerika kam, daß aber seit diesem Zeitpunkt ein Umschwung eingetreten ist, indem der Zustrom immer stärker aus dem Osten und Süden Europas erfolgt. Wenn mit dieser Aenderung eine Umbildung der geistigen Struktur des Landes verbunden ist, so kann die Einwanderung sehr bedeutsam für die Zukunft der Vereinigten Staaten werden. Young befaßte sich bei seinen Untersuchungen mit vergleichenden Intelligenzprüfungen. Er verwendete dabei die etwas abgeänderten Tests, die im amerikanischen Seere üblich sind. Ueber die Ergebnisse seiner Untersuchungen berichtet er im „Scientific Monthly“. Sie wurden hauptsächlich an Kindern angestellt. Young kommt zu dem Schluß, daß die Intelligenz der Südeuropäer ganz wesentlich geringer sei als die der Einwanderer aus anderen Gegenden. Wenn das richtig ist, wenn man — wie Young annimmt — die Intelligenz verschiedener Rassen ohne weiteres mit demselben Tests unterzuchen kann, dann würde allerdings die Intelligenz des Gesamtvolks durch den Zustrom von minder-Intelligenten eine Herabsetzung erfahren. Young kommt daher zu den praktischen Schlüssen, daß es notwendig sei, die öffentliche Meinung darüber aufzuklären, daß eine starke Einwanderung im Interesse des amerikanischen Volkes nicht erwünscht sei; daß weiterhin die Einwanderung schärfer kontrolliert werden müsse. So wünscht Young die Zurückweisung aller Analphabeten.

Ein neuentdecktes Rembrandt-Bild. Ein Bewohner der in der englischen Grafschaft Derby gelegenen Stadt Wensley hatte wie die „Times“ berichten, kürzlich bei einer öffentlichen Versteigerung mehrere Bilder für die noch englischen Verhältnissen bescheidene Summe von zweieinhalb Schilling erstanden. Eines der Bilder war so von Staub und Schmutz bedeckt, daß man den Gegenstand der Darstellung überhaupt nicht zu erkennen vermochte. Nach der Säuberung aber stellte es sich heraus, daß es ein prächtiges Frauenporträt war, das die Signatur Rembrandts mit der Jahreszahl 1635 trug. Die Sachverständigen, die es besichtigten, behaupten, daß es eine echte Arbeit des berühmten Malers sei.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Gerichtssaal.

Ein Opfer der Großstadt.

Prag, 14. Sept. Die Angeklagte, ein 20jähriges Dienstmädchen aus Zizlow, die neben dem Aufsehen auf der Anklagebank Platz genommen hat, weint mit gefüllten Kopfe in ihr großes, nach Bauernart am Hande grell geblümtes Taschentuch hinein. Aus diesem kampfhaften Schluchzen wimmert die herzerweichende Not, der Aufschrei der zu Tode erschrockenen Seele des ländlich gekleideten Mädchens, das noch im Winter draußen irgendwo in einem entlegenen Dorfe nichts gewußt hat vom Leben der Großstadt und den Gefahren, die auf Schritt und Tritt in den Straßen des Häusermeeres auf eine leichtgläubige Unschuld vom Lande lauern. Dieses wimmernde Stehen in dem Weinen des Mädchens geht selbst manchem der großstädtigsten Zuschauer zu Herzen und — wenn auch da und dort ein hartgefotterter Lebemann für den die Verhandlung Zeitvertreib sein soll, ein gleichgültiges oder gar spöttisches Gesicht macht — das feinerzeit gleichzeitige Mutter und Mörderin gewordene Weib auf der Anklagebank erobert sich, als das Verhör beginnt, im Sturme die Herzen aller Anwesenden. Selbst in den Augen der Geschworenen, die im Bewußtsein der Schwere ihres Amtes erst den Genuß der Verhandlung verfolgen, schimmert das menschliche Verständnis für die Not der angeklagten Kindesmörderin.

Das Verhör beginnt. Erst langsam, mühsam, Satz für Satz gesammelt, dann, durch das Zureden des Vorsitzenden bekräftigt, berichtet die Angeklagte von ihrer Schuld. Als Ruhmädch hat sie, die heute erst 20jährige, bis zum März dieses Jahres in einem kleinen Dorfe bei Caslau in Ostböhmen gedient. Ihre Eltern sind Kleinrentner da irgendwo in den böhmischen Ausläufern des böhmisch-mährischen Höhenzuges. Im März kam sie, als sie im Dorfe ihren Dienst verlor, nach Prag, um hier als Dienstmädchen unterzukommen. Des großen, hässlichen, noch unverdorbenen und arbeitsfähigen Mädchens fand bald eine Stelle in Zizlow. Die Herrin war zufrieden mit ihr, den Maša arbeitete gerne und willig. Sie war, obwohl noch sehr ländlich und manchmal ungeschickt, eine sogenannte „Perle“.

Fünf Monate war Maša schon im Dienst. Mit ihrer Herrin war sie bisher immer gut auskommen. Das Mädchen schien alle Ratschläge und Warnungen über das Prager Leben gut beherzigt zu haben, lehrte immer rechtzeitig vom Ausgange heim und unterhielt auch kein Verhältnis.

In der Nacht zum 17. Juli hörte man aus dem Dienstbotenstube Mašas ein Geräusch, als ob etwas zu Boden gestürzt wäre. Die Herrin Mašas, der gegenüber sich das Mädchen schon am Abend über Schmerzen beklagt hatte, hielt sofort beim Morgengrauen im Zimmer Nachschau, ob sich Maša schon erholt hatte. Sie fand das Mädchen bleich und stöhnend im blutbefleckten Bette liegend auf. Der sofort verständigte Arzt ordnete die unverzügliche Ueberführung Mašas ins Krankenhaus an. Im Rasen Mašas fand man dann in einem Wassertopf die Leiche eines neugeborenen Mädchens.

Vorsitzender (zur Angeklagten, die infolge eines Weintrampels nicht weiterreden kann): „Verstehen Sie sich. Sie müssen uns noch sagen, warum Sie die Tat begangen haben.“

Angeschlagte: „Ich weiß es nicht. Ich befand mich damals in der Nacht in einem furchtbaren Zustande. Die Geburtswehen überraschten mich so plötzlich, daß ich jede Besinnung verlor. Ich wußte ja nicht, daß ich schwanger war. Als sich Unregelmäßigkeiten in meinem Wechsel einstellten, beachtete ich das weiter nicht, da ich von diesen Sachen viel zu wenig wußte. Als dann das Kind unter Schmerzen zur Welt kam, packte mich eine wahnsinnige Angst, ein Grauen vor den Folgen meines Zustandes, und da habe ich das Kind in den Wassertopf gepreßt. Dann muß ich ohnmächtig ins Bett zurückgefallen sein, denn ich entsinne mich erst an den Zeitpunkt, als meine Herrin mit dem Arzt ins Zimmer kam.“

Vorsitzender: „Mit wem hatten Sie das Verhältnis?“

Angeschlagte: „Hoher Gerichtshof, der Mann, dem ich alles gegeben hatte, hat mich betrogen. Ich lernte ihn einmal abends kennen, als er vom Dienste heimging. Er ist nämlich Wahnmann. Wir hatten uns gern, ich ließ mich von ihm überreden. Ob er mich heute noch lernen wird, weiß ich nicht.“

Das Verhör ist zu Ende. Die Herrin Mašas als Zeugin, dann das Gutachten der Gerichtsärzte: Das gemordete Kind kam lebend und lebensfähig zur Welt. Der Verdächtige nimmt sich warm der Angeklagten an, nach dem Ratschlage des Vorsitzenden ziehen sich die Geschworenen zur Beratung zurück.

Und beantwortet die Schuldfrage auf Wort mit lieben „Ja“ und fünf „Nein“. Die Angeklagte ist freigesprochen. Eine kurze Erwähnung des Vorsitzenden noch und das Mädchen ist wieder dem Leben zurückgegeben. Sie dankte unter Tränen den Geschworenen und dem Gerichtshof.

Amateurspieler oder Professional?

Prag, 14. Sept. Vor einem Straffenat des OLBK. Felix hatten sich heute Johann Hrdlička, Redakteur des „Pravo Lidu“ und Josef Pavluj, deshalb zu verantworten, weil sie Josef Plešcha, einen Spieler des Sportklubs „Victoria“, Zizlow des Professionalismus beschuldigt hatten. Die beiden behaupteten nämlich, das Plešcha vor dem Wettspiel der „Victoria“ gegen TSC am 8. Dezember 1920 1000 K dafür verlangte, wenn er austrete. Da die beiden Angeklagten die Erbringung des Wahrheitsbeweises anboten, wurde die Verhandlung auf den 10. Oktober vertagt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

Zur Weisung einiger Vertreter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes und des Sekretärs C. P. M. in dem vom Internationalen Gewerkschaftsbund wurde Anfangs September in Plymouth der 55. Jahreskongreß der englischen Gewerkschaften eröffnet. Anwesend waren 702 Delegierte, die 1.200.268 Mitglieder vertraten. In seiner Eröffnungsrede wies der Vorsitzende darauf hin, daß die politische Aktion allein der Arbeiterklasse nicht genügen könne. Auch ohne die Tätigkeit der Arbeitervertreter im Parlament zu unterschätzen, müsse man den Wert und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit anerkennen. Weiter wies er auf die Bestrebungen der internationalen Arbeiterkraft zur Lösung der internationalen Streitfragen durch Schiedsprüfung und andere friedliche Mittel hin und erwähnte in dieser Verbindung den Weltfriedenskongreß in Haag. Er kritisierte die englische Regierung, die immer noch nicht die Washingtoner Konvention über den Achtstundentag ratifiziert habe. Er forderte ferner den Kongreß auf, gegen die neuen Kriegsgefahren zu protestieren, die darum drohen, weil die Herrschaftsgelüste eines Hohenzollers auf einen Mussolini übergegangen sind. In der Sitzung vom 4. September wurde über die im letzten Jahre zwischen den verschiedenen Verbänden entstandenen Grenzstreitigkeiten verhandelt, sowie über die Ursachen, weshalb die vom Gewerkschaftsbund eingeleitete Propaganda unter der Devise „zurück zu den Gewerkschaften“ keinen großen Erfolg gezeitigt hat.

Die folgende Sitzung beschäftigte sich gleichfalls zumeist mit rein organisatorischen Fragen und mit den Verschmelzungsbestrebungen der einzelnen Verbände. Einer der Delegierten stellte die Frage, warum die Rote Gewerkschafts-Internationale nicht auf dem Kongreß vertreten war. In Beantwortung dieser Frage teilte J. S. Thomas mit, daß ein diesbezüglicher Besuch wohl eingelaufen sei, aber nicht aus Russland, sondern aus London. „Wenn wir den russischen Standpunkt aneinandergelesen haben wollen“, führte er aus, „dann wünschen wir es von Vertretern der russischen Gewerkschaften zu hören, und nicht von Leuten, die in London wohnhaft sind und vorgeben, im Namen der russischen Gewerkschaftsbewegung zu sprechen.“ Von größerer internationaler Bedeutung waren ungewisselhaft die in der Sitzung am Donnerstag geführten Verhandlungen über den italienisch-griechischen Konflikt. Thomas besprach hierbei ausführlich die Weigerung Mussolinis, den Konflikt durch den Völkerbund unterzuziehen zu lassen, die leicht ernte Folgen in sich tragen könne, und schlug eine Entschleunigung vor, die vom Kongreß angenommen wurde und von der brit. Regierung fordert, daß sie ihren Einfluß bei der italienischen Regierung aufwende, um die Bornaahme von Kriegshandlungen zu verhindern und die Vermittlung des Völkerbundes zur Verhinderung einer neuen internationalen Katastrophe herbeizuführen. Die ausländischen Gäste hielten sodann Ansprachen an den Kongreß, wobei Stimmen eine Uebersicht über die Lage der deutschen Arbeiterklasse gab. In Italien bekämpften die Faschisten die Gewerkschaften, in Ungarn wird die Rede- und Versammlungsfreiheit angetastet, während in Frankreich eine große Zersplitterung der Arbeiterbewegung besteht. Stimmen forderte die englischen Arbeiter auf, ihre deutschen Kameraden in diesen schweren Tagen zu unterstützen. Die deutschen Unternehmer, die bewaffnet sind, würden nicht zögern, von diesen Waffen gegen eine aufständische Masse Gebrauch zu machen und, wenn möglich, die Hilfe der Entente anzurufen. Ferner wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Haltung der Regierung in der Arbeitslosenfrage stark verurteilt und diese aufgefordert wurde, baldigst ausführliche Pläne in bezug auf Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen vorzulegen. In der nächsten Sitzung wurde die durch die Befegung des Ruhrgebietes entstandene Lage ausführlich besprochen. Namens des Generalrates wurde von Miss Bondfield folgende Resolution vorgeschlagen, die vom Kongreß einstimmig angenommen wurde:

„Der Kongreß erklärt, daß die militärische Befegung des Ruhrgebietes durch die Förderung der nationalen Vergesslichkeit nicht wieder gutzumachenden Schäden verursacht und das Mißtrauen zwischen den Völkern vergrößert. Sie kann zu neuem Krieg, sozialen Katastrophen und zur fortwährenden wirtschaftlichen Lähmung nicht nur Deutschlands, sondern auch der anderen Länder führen. Der Kongreß appelliert deshalb an die französischen und belgischen Arbeiter und hofft, diese werden einsehen, daß diese Politik der Gewalt die im letzten Kriege gebrachten Opfer hinfällig machen werden und fordert sie auf, ihr im internationalen Rahmen gegebenes Versprechen einzulösen und danach zu streben, in der nationalen Politik ihrer Länder eine Neuorientierung herbeizuführen, die geeignet ist, den Frieden zwischen den Nationen zu festigen.“

Weiter wurde beschlossen, die Tageszeitung der englischen Arbeiter „The Daily Herald“, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, noch weiterhin erscheinen zu lassen. An Stelle Bowermans, der wegen seines hohen Alters zurücktrat, wählte der Kongreß mit großer Mehrheit den bisherigen Sekretärsvertreter Fred Bramley, zum Sekretär des Gewerkschaftsbundes.

Wertlose Phantasieföhne. Durch Schiedspruch eines vom deutschen Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschusses wurde der tägliche Durchschnittslohn im Kohlenbergbau für die Ruhrbezirke auf 56 Millionen M., für Oberschlesien auf rund 45 Millionen und für die mitteldeutschen Braunkohlenreviere auf 40,6 Millionen festgesetzt, was eine Verdreifachung der jetzigen Bergarbeiterlöhne bedeutet. Ueber die dadurch notwendig gewordene Kohlenpreiserhöhung wird von den Organen der Kohlenwirtschaft heute Beschluß gefaßt werden. Ob es heute auch schon zu einer Feststellung der Kohlenpreise auf Goldbasis kommt, steht dem „Börsenkurier“ zufolge

noch nicht fest, da das Reichswirtschaftsministerium an seinem Beto gegen einen entsprechenden Beschluß des Reichskohlenverbandes zurzeit noch festhält.

Steigen der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Aus den Ausschüßberatungen des deutschen Reichsrates über die Frage der Erwerbslosenfürsorge ging hervor, daß die Zahl der registrierten Erwerbslosen von 185.000 am 1. Juli auf 300.000, am 1. September gestiegen ist, und daß eine weitere, gewaltigere Steigerung in Aussicht ist. In Sachsen soll die Arbeitslosigkeit die Hälfte der Betriebe stillgelegt haben. Die Gesamtausgaben des Reiches für die Arbeitslosenfürsorge sollen in dieser Woche bereits auf sechs Billionen Mark gestiegen sein. Nach längeren Beratungen der betreffenden Ausschüsse wurden mehrere Entschlüsse angenommen, in denen die Regierung ersucht wird, eine produktive Arbeitslosenfürsorge schnell und nachdrücklich zu fördern und der Stilllegung der Betriebe entgegenzuwirken.

Die Teuerung in Oesterreich wächst. Die paritätische Kommission in Wien hat festgestellt, daß die Kosten der Lebenshaltung in Oesterreich vom 15. August bis 14. September 1923 um drei Prozent gestiegen sind. (Wenn schon im Sommer, bei stabilisierter Kronenwährung, die Lebenskosten steigen, wie wird es dann erst im Winter werden, wenn zu den gewöhnlichen Anschaffungen solche für Kohle, Licht und anderes mehr kommen? Eine feine Sanierung — sie wurde kürzlich in Genf sogar gefeiert — bei der die Bevölkerung mehr denn je geschröpft wird.)

Russland, der Getreidelieferant Norwegens. Christiania, 14. September. Der Direktor für Ernährungsweisen in Norwegen hat mit der russischen Handelsdelegation in Christiania über den Ankauf von russischem Getreide ein Uebereinkommen abgeschlossen. Darnach will Norwegen unter Berücksichtigung des Standes des Getreides, der Preise und der Konjunktur seinen Bedarf an Getreide vorzugsweise in Russland decken.

Eine neue wertbeständige Rechnung in Ungarn. In Ungarn laufen gegenwärtig Verhandlungen zwischen den Vertretern der Landwirtschaft und dem Finanzministerium, die die Regelung der den Landwirten zu gewährenden Kredite zum Ziele haben. Die Landwirte sind während dieser Verhandlungen mit der Forderung hervorgetreten, ein Pfandbriefsystem zu schaffen, das nicht auf der Weizenwährung, sondern auf einer wertbeständigen Währung zu beruhen hätte, die gleichsam ein Index sämtlicher landwirtschaftlicher Erzeugnisse — zum jeweiligen Geldwerte berechnet — darstellen soll.

„Die Konsumgenossenschaft“, Nr. 17 vom 1. September 1923, enthält folgende Aufsätze: Wissenschaftliche Genossenschaftslehre. Von Prof. Dr. Hans Müller (Jena). — Die Frau in der internationalen Genossenschaftsbewegung. Von Mrs. A. Honora Enfield (London). — Neue genossenschaftliche Wege. Von Otto Veier (Mährisch-Schönberg). — Ein verunglückter Lichtbildervortrag. Lehren aus einem Mißerfolg. Genossenschaftliche Diskussion: Das Genossenschaftswesen und das Wesen der Genossenschaft. Von Dr. Otto Weiß (Mährisch-Ostrian). — Vom Tage. — Aus den Konsumvereinen. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Ankündigungen der Konsumvereine. — Inserate.

Prager Kurze am 14. September.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1338 00	1342 00
10.000 Mar!	0 34	0 44
100 belg. Franks	162 25	163 75
100 schwed. Frank	602 25	604 75
1 Pfund Sterling	153 50 00	155 00 00
100 Lire	149 7 00	151 00 00
1 Dollar	33 75 00	34 15 00
100 franz. Franks	196 00 00	197 50 00
100 Dinar	88 87 50	87 37 50
10.000 mähr. Kronen	17 50 00	18 50 00
10.000 poln. Mar!	1 42 25	1 43 75
10.000 österr. Kronen	4 58 50	5 08 50

Züricher Schlusskurze am 14. September

	Geld	Ware
Paris	32 60 00	32 60 00
London	25 63 00	25 66 00
Berlin	0 05	0 07
Mailand	24 90 00	25 00 00
Holland	222 00 00	223 00 00
Zürich	0 00 79 50	0 01 79 50
Budapest	0 02 95	0 03 10
Prag	16 85 00	16 85 00
New York	5 82 00	5 83 50
Belgrad	6 00 00	6 10 00
Warschau	0 00 19 00	0 00 23 00

Wetterberichte

der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

	Luftdruck auf Meereshöhe	Temperatur in °C	Sichtweite in Meilen (10-12)	Wetter	Tag- niederschlag	Temperatur grd. nachtr.
14. September 1923 morgens						
Prag	761 14	0	1/2 bed.	1/2	28	
Brünn	762 12	W	bed.	1	29	
Neuhävit (Zsland)	—	—	—	—	—	
Stornowag (Gebro)	742 11	SSO	Regen	—	11	
Balencia (Irland)	751 1	SW	1/2 bed.	5	14	
London	754 15	SSW	bed.	0	10	
Lisske (Norwegen)	754 9	SO	Regen	4	10	
Stockholm	763 9	—	heiter	0	15	
Damburg	758 15	OSO	Webel	0	11	
Warschau	764 17	O	bed.	0	23	
Paris	756 14	NW	1/2 bed.	0	32	
Zürich	763 12	SO	1/2 bed.	0	29	
Wien	763 12	SO	1/2 bed.	0	25	
Belgrad	762 18	—	bed.	0	11	
Sofia	764 20	O	bed.	—	11	
St. Petersburg	757 17	SW	bed.	22	22	
Wien	761 21	—	heiter	—	—	
Öberrhein (Luftdruck auf Meereshöhe)						
Donnersberg 840 m	688 15	SO	bed.	3	21	
Chanceloppe 1610 m	680 11	SO	1/2 bed.	0	14	
Anglische 2000 m	683 2	SO	heiter	0	11	

Devilenturfe.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Zehn Kr. 16,90 00
Berlin	Mar! 2.700.000 00
Wien	österr. Kr. 2126 00

Kunst und Wissen.

„Tannhäuser“ von Richard Wagner. (Neues Tschechisches Theater, 13. Sept. 1923). Zu einer vollkommenen Aufführung des Wagner'schen „Tannhäuser“ gehört neben einer glanzvollen Inszenierung auch eine glanzvolle musikalische Aufmachung, nämlich ausgezeichnete Gesangsolisten und tadellose Ensembles und Chöre. Unterem in mehreren Haupt- und Nebenrollen neubesetzten „Tannhäuser“ fehlen etliche dieser Vorbereitungen. Vor allem mangelte ihm Ordnung und Sauberkeit in den Ensemblesätzen wie in den Chören. Besser könnte eine beachtliche Verwirrung und Unordnung kaum erzielt werden als sie diesmal das große Finale des zweiten Aktes beherchtete. Leider aber war diese Verwirrung nur musikalischer Natur; denn dem tschechischen Ensemble selbst fehlte das Leben wirklicher Verwirrung. Mag sein, daß an der gesteigerten musikalischen Unordnung der neue Kapellmeister Herr Erich Stetel einen Teil der Schuld trägt, weil er treibt, wo Zurückhaltung am Platze ist, und verschleppt, wo Beschleunigung angezeigt wäre. Der Hauptgrund der musikalischen Zerfahrenheit aber ist wohl der Mangel entsprechender Proben, ohne die ein neuer Kapellmeister einem neuen, ihm noch unbekanntem Ensemble gegenüber ratlos und ohnmächtig ist. Lichtblicke der Aufführung waren Frau Sufsa's stimmprächige und stillichere „Elisabeth“, Frau Wolf-Oriensers gefangliche und darstellerisch gleich vollkommene „Venus“ und Herr Strada's von ernster Künstlerkraft zugehörte „Tannhäuser“. Der neue „Landgraf“ Herr Grebe's stand unter dem allgemeinen künstlerischen Niveau unserer Prager Oper; nur eiferne Willenskraft und unermüdbare Ausdauer bei der Abgewöhnung seiner gefangtechnischen Fehler wird diesen stimmlich nicht unbedeutenden Sängern zu einem nützlichen Mitgliede des Opernensembles machen. Anerkennenswert war die Leistung des Herrn Schürberg's als „Mikroff“, Herr Fuchs' „Wolfram“ verträgt noch einen Grad stimmlicher Mäßigung und damit wohl auch gefanglichen Wohltautes. —ok.

Neues Theater. Heute Beginn dreiviertel 7 Uhr neuinstudierter Contradin Kreutzers romantische Oper „Das Nachtlager von Granada“ und Wolf Ferraris Intermezzo „Zusammen Geh'imnis“, 10.15 Uhr „Der Fiedelbass“ mit Paul Morgan. Morgen Sonntag nachmittags „Der Fiedelbass“ mit Paul Morgan, abends 7 Uhr Offenbach's phantastische Oper „Cossimans Erzählungen“. Montag Abends Paul Morgan „Causa Kaiser“.

Operettenpremiere „Die Siegerin“. Kommanden Sonntag findet die Premiere der neuen musikalischen Komödie „Die Siegerin“ von Peter Jitlich Jitachowski statt.

Bereinsnachrichten.

Berein deutscher Arbeiter in Prag. (Bibliothek). Die Mitglieder werden hiedurch aufmerksam gemacht, daß von nun an die Bibliothek wieder geöffnet ist und die Bücherausgabe regelmäßig jeden Donnerstag von 6 bis 8 Uhr abends stattfindet. Jene Mitglieder, welche noch Bücher besitzen, werden ersucht, dieselben ehestens zurückzubringen, damit ihnen Unannehmlichkeiten erspart bleiben. — Ferner wird um rege Verleihung der reichhaltigen Bibliothek ersucht.

Mitteilungen aus dem Publikum.



NUR WIR können gutes BACKPULVER machen, weil wir SELBST BACKEN

BACKPULVER MIT ZAHNRAD

Herausgeber: Dr. Ludwig Tschögl und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: C. Souk.

Bank für Brauindustrie in Prag

Offizielle Bankstelle der Brauindustrie-Organisation der Tschechoslowakischen Republik. Filialen: Brünn, Schüttenhofen, Trnava (Slovakien). Büchereielagen werden mit 4-5% verzinnt. Alle Banktransaktionen werden billigst durchgeführt. 1385

Damen- und Herren-Schutzmittel

Sowie alle Artikel zur hygienischen Körperpflege liefert in nur prima Qualität zu bedeutend ermäßigten Preisen aus 1777

Versandhaus „Sanitas“
TEPLITZ-SCHONAU, Postfach 59-16 a.
Vertreter gegen hohe Provision überall gesucht. Prospekte kostenlos! Diskreter Versand!